FrauenRatschlag Region Stuttgart 1995 – 2010

Nachruf auf ein innovatives Netzwerk

FRAUEN Ratschlag
Region Stuttgart e.V.

Impressum

Herausgeberin:
FrauenRatschlag Region Stuttgart e.V.
c/o
ulrike.leipersberger@ev-akademie-boll.de
b.steinhardt@beff-frauundberuf.de

Autorin:
Dagmar Bürkardt, Diplomvolkswirtin und Studienleiterin
dagmar.buerkardt@ev-akademie-boll.de

Redaktion:
Ulrike Leipersberger, Evangelische Akademie Bad Boll, Treffpunkt Senior
Birgit Steinhardt, BeFF – Kontaktstelle Frau und Beruf Stuttgart

Gestaltung und Satz:
Yvonne Schramm
www.zweiimalmehr.de

Druck:
1. Auflage April 2010
www.uws-druck.de

Die Publikation steht Ihnen unter
www.ev-akademie-boll.de/onlinedokumente
www.beff-frauundberuf.de
als Pdf zur Verfügung

Bildnachweis:
Archiv des FrauenRatschlags Region Stuttgart e.V.

Wir danken dem Verband Region Stuttgart für die freundliche Unterstützung dieser Publikation.

Vorwort

Nach 15 Jahren aktivem frauenpolitischen Engagement beschloss der Verein FrauenRatschlag Region Stuttgart im Herbst 2009 die Auflösung für das Frühjahr 2010. Damit beenden die Frauen, die sich bis heute für eine geschlechtergerechte Regionalpolitik eingesetzt haben, die offizielle Arbeit dieses innovativen, bundesweit einzigartigen Netzwerks.

Der „Nachruf auf ein innovatives Netzwerk" dokumentiert die Geschichte des FrauenRatschlags, sichert das Erreichte und gibt die Erfahrungen und das Wissen weiter. Im Laufe der Jahre verzeichneten wir viele Ergebnisse und Erfolge, diese verblassten oft jedoch im ressourcenschwachen Alltag angesichts des Scheiterns des großen Ziels: der nachhaltigen Institutionalisierung der Frauenpolitik in Region und Verband. Dass adäquate finanzielle Ressourcen fehlten und der Einsatz dafür keinen Erfolg hatte, zermürbte auf die Dauer das Engagement.

Die Aufbruchsstimmung beim Start des FrauenRatschlags im Jahr 1995 – im Kontext der Etablierung des Regionalparlaments des Verbands Region Stuttgart – wird im Folgenden ebenso wachgerufen wie die vielfältigen Aktivitäten in den Kernbereichen Regionalplanung, Verkehr und Wirtschaftsförderung. Viele Frauen sehen wir vor uns, die im Laufe der Jahre ihr Know-how und ihre Begeisterung in die Arbeit für das gemeinsame Ziel einbrachten.

Der FrauenRatschlag ist und bleibt ein wichtiger Baustein in der Entwicklung der Region Stuttgart. Wir wünschen uns, dass diese Publikation der Anfänge, Ziele, der Arbeit(-sweise), des Engagements, der Aktivitäten und Erfolge und – letztendlich – des „Unvollendeten" regionalpolitisch interessierten Frauen Wegweiser für ihre Arbeit wird.

Wir danken allen Frauen, ob aus Politik, Verwaltung, Gewerkschaften, Kirche, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Planung, Verbänden, Kontaktstellen …, die sich im FrauenRatschlag engagiert haben. Für die anregenden Diskussionen, ihr eingebrachtes Wissen, ihre Ideen, ihre Lebendigkeit, ihren Mut. Wir danken allen, die unsere Arbeit unterstützt und sich (politisch) für uns eingesetzt haben. Wir danken der Evangelischen Akademie Bad Boll, die eine wichtige Vernetzungsfunktion einnahm, und dem Verband Region Stuttgart für die Zusammenarbeit.

Für den Vorstand FrauenRatschlag Region Stuttgart e.V.

Ulrike Leipersberger Birgit Steinhardt

FRAUEN
Ratschlag
Region Stuttgart e.V.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **3**

1. Wie alles anfing – 15 Jahre aktiv im Interesse von Frauen in der Region **5**

2. Was war der Anlass? – Der regionalpolitische Hintergrund **7**

3. Ressourcen für ein regionalpolitisches Netzwerk **9**

3.1 Ein regionales Netzwerk als frauenpolitische Strategie 9

3.2 Verhältnis zur verfassten Region: Kooperation und – begrenzte – Unterstützung 10

4. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des FrauenRatschlags Region Stuttgart **15**

4.1 Was waren die Grundlagen? 15

4.2 Regionalplanung – Fraueninteressen formulieren und im Planungsprozess zur Geltung bringen 17

4.3 Verkehrsplanung: Mobilität für die verschiedenen Anforderungen im Lebensalltag 20

4.4 Wirtschaftsförderung: Potenziale der Frauen in der Region nutzen – Beschäftigungschancen verbessern 22

4.5 Neue Herausforderung: Die Europäische Metropolregion Stuttgart 24

5. Frauenpolitik in der Region: Was konnte erreicht werden? Was ist offen geblieben? **25**

6. Anhang

6.1 Termine, Themen, Ereignisse – Chronologie 1995 – 2010 28-31

6.2 Erste Einladung FrauenRatschlag 32

6.3 Blitzlichter aus der Arbeit 33

6.4 Literaturverzeichnis und Abkürzungen 34-35

1. Wie alles anfing –

15 Jahre aktiv im Interesse von Frauen in der Region

Langjähriges frauenpolitisches Engagement in der Region Stuttgart: im FrauenRatschlag kamen in den 15 Jahren Frauen aus allen gesellschaftlichen Feldern, regionale Akteurinnen im Interesse einer geschlechtergerechten Regionalpolitik, zusammen.

Wie muss die Regionalpolitik gestaltet werden, um auch für Frauen attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen in der Region zu bieten? Wo gibt es Beteiligungsmöglichkeiten in einem neuen politischen Feld? Dies waren die zentralen Fragen.

An den Start ging der FrauenRatschlag im Februar 1995, wenige Monate nach der ersten Wahl zur Regionalversammlung mit einer ersten Veranstaltung im Stuttgarter Rathaus. Ziel des Treffens: Information über Aufgaben, Kompetenzen und Konturen der neuen Institutionen Regionalversammlung und Verband Region Stuttgart (VRS) und die Diskussion und Bewertung aus der Sicht von Frauen. Die Informationen gab es – wie später immer wieder – im Gespräch mit Dr. Bernd Steinacher, Regionaldirektor des VRS. Ein überregionaler Bericht von langjährigen Erfahrungen mit dem Engagement für Fraueninteressen in der Regional- und Strukturpolitik bildete darüber hinaus die Grundlage, um frauenpolitische Ansatzpunkte auszuloten.

Eingeladen hatten die Initiatorinnen von Gleichstellungsstelle und Gesamtpersonalrat der Stadt Stuttgart, von der Evangelischen Akademie Bad Boll, von der Kontaktstelle Frau und Beruf in Stuttgart und vom DGB Landesbezirk Abteilung Frauen (siehe auch 1. Einladung im Anhang).

Die Einladung traf auf großes Interesse. Mit Vertreterinnen aus Kommunalverwaltungen und Gewerkschaften, aus Bildungsträgern und Kirche, aus Verbänden und Kontaktstellen Frau und Beruf in der Region, mit Frauenbeauftragten, Regionalparlamentarierinnen, Planerinnen und Wissenschaftlerinnen nahm der FrauenRatschlag als offenes Forum seine Arbeit auf – orientiert auf die Vernetzung von Multiplikatorinnen, aber auch offen für alle frauenpolitisch interessierten und engagierten Frauen in der Region.

Der FrauenRatschlag Region Stuttgart hat sich das Ziel gesetzt, den Blick von Frauen auf die Regionalpolitik, ihre spezifischen Belange und Gestaltungsinteressen

Wie wir gearbeitet haben – Formen und Instrumente

- vierteljährliche Sitzungen mit Schwerpunktthema und Zeit für Vernetzung und Absprachen
- jährlicher Workshop zur inhaltlichen und strategischen Abstimmung
- vertiefte Diskussion in Arbeitsgruppen zu den drei regionalen Themenfeldern: Regionalplanung, Verkehr, Wirtschaftsförderung
- Durchführung von und Mitwirkung bei Veranstaltungen zu frauenpolitisch relevanten Themen
- Initiierung und Durchführung von Projekten
- Kooperation mit dem Verband Region Stuttgart und verschiedenen regionalen Initiativen
- Beteiligung bei formellen Planungsverfahren wie ein Träger öffentlicher Belange
- Frühstückstreffen mit Regionalrätinnen zu Austausch und Beratung
- Gutachten zu regionalen Problemstellungen
- beratende Tätigkeit in regionalen Gremien
- Beteiligung an regionalen Gremien
- Aufbau einer Expertinnen-Datenbank
- Wahlprüfsteine bei Landtags-, Regional- und Kommunalwahlen
- Zusammenarbeit mit Hochschulen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Akquise von Fördermitteln

zusammenzutragen, zu bündeln und zur Geltung zu bringen.

Der FrauenRatschlag sollte:

- **Forum sein für ein breites Meinungs- und Interessensspektrum von engagierten Frauen in der Region;**
- **die Verwirklichung der gleichberechtigten Partizipation von Frauen in allen wirtschaftlichen, politischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen der Region Stuttgart vorantreiben;**
- **die dauerhafte Verankerung von Fraueninteressen in Planung und Entwicklung der Region durch entsprechende Sensibilisierung und Einflussnahmen auf regionale Entscheidungen verwirklichen.**

Dazu war die konkrete Zusammenarbeit mit Frauen und Männern in Entscheidungspositionen in Regionalversammlung, Verband Region Stuttgart und in der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH ebenso wichtig wie die Einbindung von Fachfrauen aus Wissenschaft und Praxis und die Vernetzung frauenpolitischer Aktivitäten.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des FrauenRatschlags standen die vierteljährlichen Sitzungen mit jeweils einem Schwerpunktthema sowie Zeit für Austausch und Absprachen. Hier liefen die Fäden zusammen aus den themen- und fachbezogenen Arbeitsgruppen, hier gab es Informationen aus Veranstaltungen und Kontaktarbeit; und es wurden strategische Debatten geführt und verbindliche Absprachen getroffen.

Die Arbeitsgruppen nahmen die drei Schwerpunkte der Regionalpolitik auf: Regionalplanung, Verkehr und Wirtschaftsförderung. In eigenen Veranstaltungen, Studien, Stellungnahmen wurde der Blick von Frauen auf regionale Fragen ebenso transportiert wie in Gesprächen und Kooperationsveranstaltungen mit den regionalen Institutionen. Der FrauenRatschlag startete Initiativen, brachte Ideen ein und machte Umsetzungsvorschläge im Interesse einer geschlechtergerechten Regionalpolitik.

2. Was war der Anlass? – Der regionalpolitische Hintergrund

Die konstituierende Sitzung der Regionalversammlung 1994 war der konkrete Auslöser für die Gründung des regionalen Frauennetzwerks. Wahl und Konstituierung des Regionalparlaments waren wichtige Wegmarken hin zu einer Intensivierung des Regionalisierungsprozesses, der bereits einige Jahre in der Diskussion gewesen war.

Die politische Ebene der Region erhielt damit die Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit der direkt – für jeweils fünf Jahre – gewählten Regionalversammlung und der Geschäftsstelle. Die Aufgaben wurden im Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart genau festgelegt: Regionalplanung und Landschaftsrahmenplanung, Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung, Nahverkehr, Abfallwirtschaft und Tourismusmarketing. Hinzu kamen als freiwillige Aufgaben die Trägerschaft und Koordinierung von Kultur- und Sportveranstaltungen, Kongressen und Messen.

Damit umfassen die Aufgabenbereiche des Verbands Region Stuttgart wesentliche Bereiche des Lebens im Ballungsraum: Siedlung, Verkehr, Wirtschaft, Umwelt – der Lebensalltag, die Erwerbsmöglichkeiten, die Alltagswege, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sind von Entscheidungen auf der regionalen Ebene unmittelbar berührt.

In den 90er Jahren hatte das Thema Regionalpolitik und regionale Kooperation Konjunktur. Um neuen ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen gerecht zu werden, sollten regionale Handlungsfähigkeit und Gestaltungsspielräume gestärkt und vorhandene Potenziale mobilisiert werden. Warum waren die Regionen als Ebene der Politikgestaltung so viel wichtiger geworden? Verschiedene Entwicklungen spielten hierbei eine Rolle:

- Die alltäglichen Aktionsräume von Haushalten und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern differenzierten sich und weiteten sich räumlich ständig aus. Es kam zu einer zunehmenden Regionalisierung von Lebensweisen. „Die Menschen leben regional", so Peter Hofelich, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Verbands Region Stuttgart in einem Interview.
- Im europäischen Binnenmarkt und in der globalisierten Wirtschaft stieg der Wettbewerbsdruck. Der Wettbewerb der Standorte bezog sich eher auf die Regionen als auf einzelne Kommunen.
- Manche staatlichen Aufgaben wurden auf untere

Region Stuttgart – in Zahlen und Daten

- Die Region umfasst die Stadt Stuttgart und die umliegenden Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis und damit 179 Gemeinden.
- Sie erstreckt sich über 3654 Quadratkilometer und ist mit 732 Einwohnern pro Quadratkilometer eine der am stärksten verdichteten Regionen Deutschlands und Europas.
- Hier leben 2.674.567 Menschen, davon sind 51 % und 1.355.455 Frauen (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 1.Quartal 2009)
- Die Region umfasst 10 % der Landesfläche Baden-Württembergs,
  dort leben aber 25 % der Gesamtbevölkerung,
  erwirtschaftet werden 28 % der Bruttowertschöpfung.
- Die regionale Wirtschaft ist geprägt durch die Branchen Fahrzeug-, Maschinenbau, Elektrotechnik. Unter den bundesdeutschen Großstadtregionen ist die Region Stuttgart die zweitstärkste Exportregion. Sie nimmt erste Ränge ein bei der Ausgabenintensität für Forschung und Entwicklung wie auch bei den Patentanmeldungen.
- Im Jahr 2008 waren in der Region 1.053.700 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 42,4 % Frauen.

Verwaltungsebenen verlagert. Planung und Umsetzung könnten eher vor Ort geleistet werden, so die Einschätzung. Beispiele: Schienenpersonennahverkehr, Kulturförderung.

- Zahl und Umfang der Aufgaben, die von den einzelnen Städten und Gemeinden nicht mehr allein bewältigt werden konnten, nahmen stark zu. Angesichts der komplexer werdenden Aufgabenstellungen versprach die Kooperation der Kommunen untereinander Synergieeffekte und fiskalische Einsparungen.
- Schließlich spielte die europäische Politik eine gewisse Rolle; sie setzte – nicht zuletzt im Blick auf die Vergabe von Fördermitteln – in vielen Handlungsfeldern regionale Entwicklungskonzepte voraus.

Unter dem Eindruck von EU-Integration, Globalisierung und Strukturwandel wurden Regionen als Motoren der Entwicklung gesehen. Die Debatte über Fragen der regionalen Entwicklung und verstärkte Zusammenarbeit zog weite Kreise. In der politischen Umsetzung spielte der Ballungsraum Stuttgart mit der Gründung des Verbands Region Stuttgart die Rolle eines Vorreiters. Die Vorstellungen darüber, wie sich die Region in Zukunft entwickeln sollte, gingen über die Notwendigkeit, bestimmte Infrastrukturaufgaben über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinweg zu organisieren, hinaus. Sie zielten auch auf die Stärkung der regionalen Identität, die unter den Bedingungen der Globalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft mehr Gewicht bekommen hatte.

Die regionale Debatte beschränkte sich dabei nicht allein auf die Klärung der politisch-administrativen Strukturen. Vielmehr ging es vielen Beteiligten im Blick auf die anstehenden Aufgaben um kreative Wege auf der Suche nach neuen Lösungen und innovativen Ansätzen. Die Einbindung der gesellschaftlichen Gruppen und die Beteiligung der für die regionale Entwicklung relevanten Akteurinnen und Akteure war Teil dieses Verständnisses. Neue Kooperationsformen und offene Strukturen wurden wichtig, um neue Ideen und sogenannte ‚weiche Themen' aufgreifen und bearbeiten zu können. Als solche gelten etwa attraktive Lebensbedingungen, die adäquate Qualifizierung der Arbeitskräfte u.ä. Besonders deutlich wurde diese Orientierung im Zusammenhang mit dem Wettbewerb ‚Regionen der Zukunft' der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1997/98. Im Wettbewerbsbeitrag *„Region Stuttgart – Auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit"*, mit dem die Region dann bundesweit einen zweiten Preis gewann, spielten die Dialog- und Kooperationsprozesse und eine *„neue regionale Dialogstruktur"* eine große Rolle bei der Entwicklung von Handlungsfeldern und konkreten Projekten. Von einem neuen Politikmodell war hier die Rede.

Was bewegte die frauenpolitisch engagierten Frauen, sich mit Entwicklungen, Diskussionsprozessen und Entscheidungen in der Region auseinanderzusetzen?

Mit dem Verband Region Stuttgart war eine neue politische Handlungsebene zwischen Kommunen und Bundesland entstanden, die ganz offensichtlich die Belange und Lebensinteressen von Frauen berührte. Geschlechtsspezifische Differenzen im Lebensalltag und fortbestehende Benachteiligungen für Frauen bestimmten auch auf regionaler Ebene die Interessen von Frauen. Es ging deshalb darum, die regionalpolitischen Debatten um geschlechterpolitische Inhalte zu erweitern und damit zu verändern. In den Schwerpunktbereichen Regionalplanung, Verkehrsplanung und Wirtschaftsförderung sollte Frauenbelangen Rechnung getragen werden.

Dies schien umso wichtiger als im neuen Regionalparlament Frauen nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten waren: Zunächst gab es 19 Regionalrätinnen von insgesamt 87 Mitgliedern, in späteren Gremien stieg der Anteil leicht – bis heute auf 21 %. Der Anteil ist aber immer noch viel niedriger als in anderen politischen Gremien wie dem Bundestag (heute 32 %), dem europäischen Parlament (heute 35 %) oder sogar dem Landtag von Baden-Württemberg (knapp 24 %), aber vergleichbar dem Frauenanteil in den Gemeinderäten. Auch in den regionalen Führungspositionen waren Frauen kaum vertreten; inzwischen gibt es eine leicht veränderte Situation. Während auf Landes- und kommunaler Ebene Frauenbeauftragte bzw. Gleichstellungsstellen etabliert waren, gab es für die Region keine entsprechende Repräsentation, mussten Einflussmöglichkeiten, frauenpolitische Ansatzpunkte und Zugänge erst noch eröffnet und erprobt werden.

3. Ressourcen für ein regionalpolitisches Netzwerk

3.1 Ein regionales Netzwerk als frauenpolitische Strategie

Die engagierte und ehrenamtliche Beteiligung vieler Frauen aus der Region Stuttgart war das Pfund, mit dem der FrauenRatschlag wuchern konnte. Sie brachten nicht nur eine Menge Energie und Zeit ins Netzwerk ein, sondern auch ihre vielfältigen beruflichen Bezüge und ihr fachliches Know-how aus verschiedenen gesellschaftlichen Feldern. Im FrauenRatschlag konnten diese unterschiedlichen Zugänge und Blickwinkel ausgetauscht und zu gemeinsamen Strategien verknüpft werden.

- Welche Erwartungen richteten Frauen aus den verschiedenen Institutionen, z.B. Gewerkschaften, Kommunalverwaltungen, Kirche an die Regionalpolitik?
- Wie konnten wissenschaftliche Ergebnisse für die Belange der Frauen genutzt werden?
- Welche frauenpolitischen Fragen beschäftigten die Frauen in der Regionalversammlung?
- Wie konnte die Debatte im FrauenRatschlag wieder in die Arbeit der Institutionen einfließen, aus denen die Frauen kamen?
- Und: Wie können Beteiligungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene erschlossen und ausgeweitet werden?

Das waren Fragen, die die offenen Foren für alle Beteiligten wichtig machten.

Vor allem die Anfangsjahre waren geprägt von einer großen Begeisterung für den regionalen Gedanken und von der Erwartung, die Regionalpolitik durch die Wahrnehmung der Region als Lebensraum von Frauen politisch voranzubringen. Die Region wurde überdies als vielversprechende Ebene offener Politikformen verstanden, von der neue Gestaltungsräume erwartet wurden. Im Netzwerk bot sich einerseits die Gelegenheit zu spannendem Austausch untereinander; die Vielfalt der beruflichen, persönlichen und politischen Bezüge versprach aber auch eine Stärkung der öffentlichen Präsenz von Frauen und im Auftreten mit frauenpolitischen Anliegen nach außen. Aktuelle Themen, die regional verhandelt wurden, konnten unter frauen- und geschlechterpolitischem Blick aufgegriffen werden, um dann die vom Netzwerk erarbeiteten Forderungen und Ergebnisse in die regionalen Prozesse einfließen zu lassen.

Das Netzwerk als frauenpolitische Strategie beruhte auf freiwilliger Kooperation frauen- und geschlechterpolitischer Akteurinnen, die lockere und dennoch miteinander verbundene Beziehungsstrukturen aufbauen wollten: lebendig, flexibel, offen, locker und verbunden, über Partei- Organisations- und Lebensstilgrenzen hinweg.

Regionale Frauennetzwerke:

- sind Bündnisse unterschiedlicher frauenpolitischer Akteurinnen.
- Sie wirken **nach innen** sozial und unterstützend.
- Sie dienen als Informationsquellen, Unterstützungs- und Kontaktnetze.
- Sie mischen sich **nach außen** auf der Grundlage eines frauenpolitischen Politikverständnisses in regionale Politikprozesse ein.

Ihr Ziel liegt

- in der Stärkung der öffentlichen Präsenz von Frauen in der Region (Struktur) und
- in der Umsetzung geschlechterpolitischer Inhalte in regionalpolitische Handlungsfelder (Inhalt).

Quelle: Aus einem Beitrag von Stefanie Bock, FrauenRatschlag November 1999, Erste Ergebnisse aus der Dissertation

Vielfältige Anforderungen:

- Offene Zusammenkunft frauenpolitischer Interessentinnen versus Erarbeitung hoch professioneller Ergebnisse.
- Verbindliche Mitwirkung an möglichst vielen politischen Prozessen versus freiwillige und unverbindliche Mitarbeit wechselnder Akteurinnen.
- Flexible und nicht-institutionalisierte Arbeitsstrukturen versus Einbindung in Expertenrunden.
- Förderung von Weiterbildung und Informationsaustausch versus geringe Finanzen und fehlende Geschäftsstellen.

Widersprüchliche Anforderungen nicht nur als Schwäche sondern auch als Stärke der Vernetzung?

Quelle: Aus einem Beitrag von Stefanie Bock, FrauenRatschlag November 1999, Erste Ergebnisse aus der Dissertation

Das frauenpolitische Netzwerk konnte also eine Menge Ressourcen im Sinne von Engagement und Know-how mobilisieren; gleichzeitig wurde sehr schnell deutlich, dass die Aktivitäten nicht allein mit ehrenamtlicher Arbeit zu bewältigen waren.

Setzte der FrauenRatschlag auf die offene Form der Kooperation und zog daraus seine Stärke, so waren die Aktivitäten gleichzeitig ausgerichtet auf die politisch-administrativen Strukturen in der Region. Die Aktivitäten knüpften an den laufenden Regionalisierungsprozessen an. Das Netzwerk wurde nicht als Ersatz für eine institutionalisierte Frauen- und Geschlechterpolitik verstanden. Vielmehr war es eines der Ziele, auf der regionalen Ebene eine solche Institutionalisierung durchzusetzen und zu begleiten.

3.2 Verhältnis zur verfassten Region: Kooperation und – begrenzte – Unterstützung

Der inhaltliche und persönliche Bezug zur verfassten Region und zu den politischen Strukturen bildete von Anfang an den roten Faden für die Aktivitäten des Netzwerks. Sowohl Befürchtungen, dass im Regionalisierungsprozess frauenpolitische Akteurinnen nicht einbezogen würden, wie auch positive Erwartungen, den Neubeginn für eine Einflussnahme nutzen zu können, bestimmten das Verhältnis auf Seiten des FrauenRatschlags.

Der sich neu konstituierende Verband Region Stuttgart seinerseits war interessiert daran, die wichtigen regionalen Akteure und eben auch Akteurinnen einzubinden.

„Eine enge Kooperation mit dem FrauenRatschlag Region Stuttgart ist Teil des frauenpolitischen Engagements des Verbands. Durch diesen kurzen Draht können die Anregungen des FrauenRatschlags bezüglich der Arbeit des Verbands aufgenommen werden, z.B. zur Integration der spezifischen Mobilitätsbedürfnisse von Frauen in den Regionalverkehrsplan." (aus der Bilanz der Gleichstellungspolitik in der Sitzungsvorlage 107/2002 des VRS).

Das Verhältnis des Verbands zur Gleichstellungspolitik war gekennzeichnet durch Offenheit im Blick auf Initiativen, begrenzte Projekte – also offene Strukturen – gleichzeitig aber durch Ablehnung einer Institutionalisierung.

In ganz unterschiedlicher Weise konnte in diesen 15 Jahren kooperiert werden:

- Die Einbeziehung von Frauenbelangen wurde als Querschnittsaufgabe verstanden und dem Aufgabenbereich der Grundsatzreferentin, also mit begrenzten und inzwischen auch verringerten Ressourcen, zugeordnet. Die Referentinnen aus VRS und WRS beteiligten sich an den Treffen des FrauenRatschlags sowie an Veranstaltungen oder bezogen umgekehrt bei ihren Vorhaben die Expertinnen des FrauenRatschlags ein.
- Anregungen, Initiativen, Vorschläge aus dem Netzwerk wurden immer wieder aufgegriffen, Veranstaltungen in Kooperation ausgerichtet, Studien

in Auftrag gegeben und finanziert (siehe auch Chronologie im Anhang).
- Zum Teil gab es auch Zuschüsse für Veranstaltungen des FrauenRatschlags. Dies betraf vor allem die jährlichen Workshops, die der inhaltlichen Diskussion und der Verständigung über die Ziele des Netzwerks dienten.
- Kennzeichnend war auch die Gesprächsbereitschaft der regionalen Repräsentanten, wenn es um Informationen im Rahmen von Netzwerktreffen ging, ebenso wie bei einzelnen Anfragen des FrauenRatschlags.

Die Kooperation stieß allerdings dort an Grenzen, wo es darum gegangen wäre, die regionale Geschlechterpolitik zu verstetigen und verbindlich zu verankern. Abgelehnt wurde vom Verband Region Stuttgart die Einrichtung einer Gleichstellungsbeauftragten in der Region, wie es sie zum Beispiel in der Region Hannover seit der Gründung 2001 gibt.

Dazu der Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung des Regionalparlaments vom 12.3.1997 (105/97): *„Der Verband Region Stuttgart versteht die Verankerung von frauenspezifischen Interessen in allen seinen Zuständigkeitsbereichen als Querschnittsaufgabe. Die Umsetzung erfolgt durch die Grundsatzreferentin, die Geschäftsstelle des Verbands und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem FrauenRatschlag. Eine regionale Frauenbeauftragte wird nicht bestellt."*

Abgelehnt wurde schließlich der Antrag des FrauenRatschlags vom 20 Juni 2002 an den Verband, zur Förderung der Teilhabe von Frauen drei Projekte finanziell zu unterstützen:

- Verankerung des Regionalgedankens und Stärkung der regionalen Identität
- Virtueller Runder Tisch
- Systematische Auswertung von Fördermöglichkeiten

Sylvia Stieler

Zur Person:
Wissenschaftlerin beim IMU-Institut, Forschung, Beratung, Umsetzungskonzepte zu sozial- und regionalwissenschaftlichen Fragestellungen

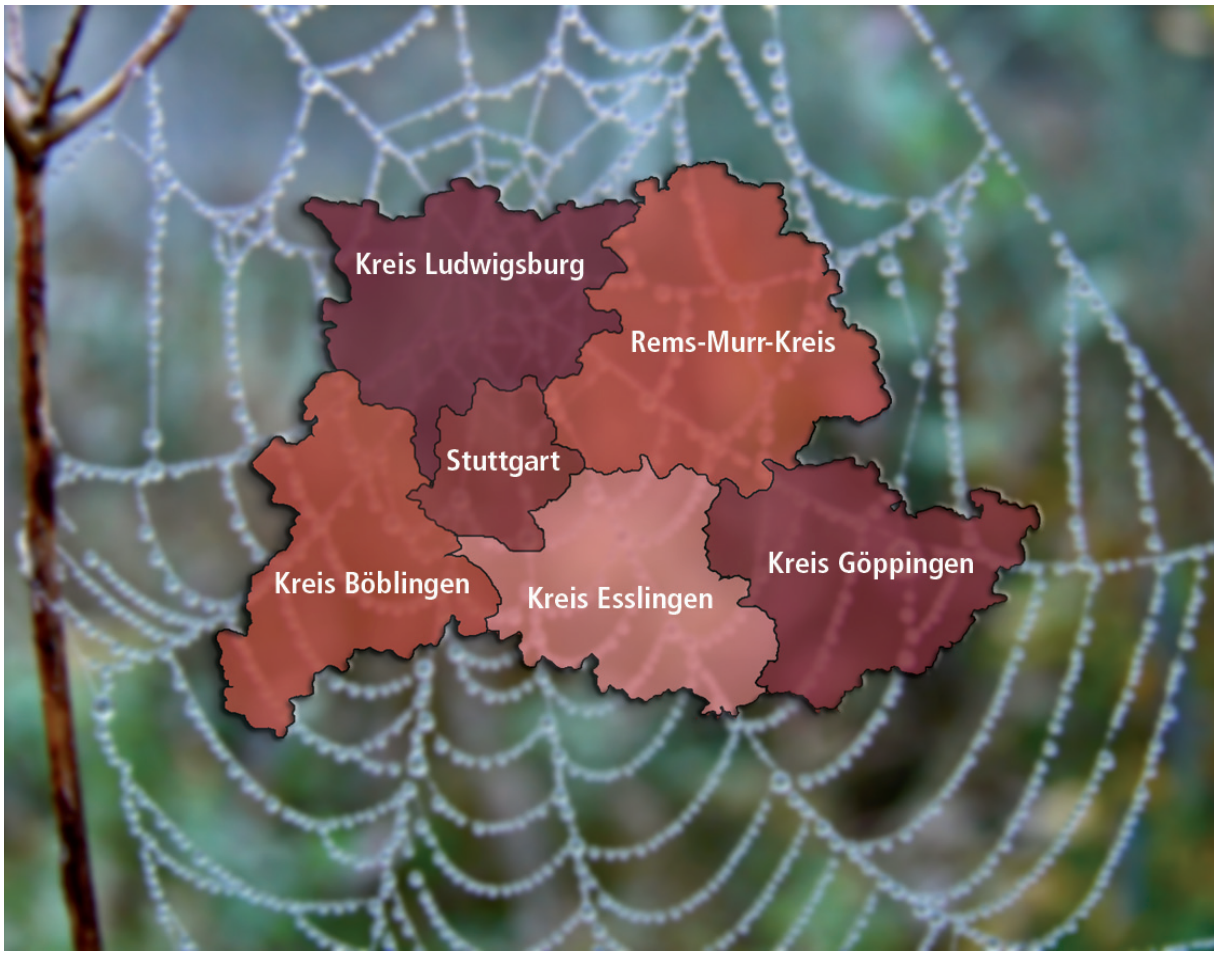
Über meinen „Arbeitgeber", das IMU Institut, war ich von 2001 bis 2009 beim FrauenRatschlag, angezogen gleichermaßen von der Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung und von dem umfassenden Frauenblick auf den regionalpolitischen Dreiklang Planung, Verkehr und Wirtschaft.

Erfolge/Misserfolge:
„Einen" größten Erfolg des Netzwerks gab es aus meiner Sicht nicht. In bester Erinnerung sind mir

- die ersten Sitzungen des FrauenRatschlags, bei dem bis zu 60 Frauen zu verschiedenen Themen zusammengetroffen sind;
- die interessanten Fachtagungen, die auch der Regionalverband zur Kenntnis nehmen musste!

Auch von einem „Misserfolg" des FrauenRatschlags kann ich nicht sprechen. Eine Institutionalisierung des bestehenden Netzwerks ist fehlgeschlagen – vielleicht bot das auf Ehrenamt und persönlichem Engagement basierende Netzwerk keine Basis dafür? Ich bedauere die Auflösung des Vereins, habe jedoch selbst keine Antwort dafür parat, wie „die Frauenfrage" derzeit weitere Mitstreiterinnen hätte gewinnen können.

Offene Fragen:
Lässt sich die Frauenfrage aktuell beantworten? Noch immer sind Frauen in der Regionalpolitik und in der Wirtschaft schlechter gestellt – und damit bestehen für mich noch immer große Baustellen. Eine gleiche Verteilung regionalpolitscher Ämter auf Frauen und Männer wäre für mich ein mittelfristiges Ziel – und damit eine aktuelle regional-/frauenpolitische Baustelle!



Insbesondere der erste Vorschlag griff ein zentrales Anliegen der Regionalpolitik auf, nämlich die Vermittlung und Konkretisierung regionaler Themen voranzubringen, damit die Region in der Alltagswelt ankommen und die Kommunikation über regionale Belange verstärkt werden kann. Dies ganz gezielt über den Kreis der bereits engagierten Frauen innerhalb der Region zu intensivieren, war Anliegen des FrauenRatschlags; eine breite Umsetzung steht bis heute aus. Die geplanten Projektaktivitäten hätten ein nützlicher Beitrag für die gesamte Region sein können.

Das Angebot des VRS auf diesen Antrag blieb sehr weit hinter den vom FrauenRatschlag beantragten Mitteln zurück. Dass die drei geplanten Projekte mit inhaltlichem Input, Ausweitung der Netzwerkarbeit und Akquise von Fördermitteln aufeinander aufbauend konzipiert waren und nur so Sinn machten, wurde nicht gesehen. Der FrauenRatschlag bedauerte insbesondere die unterschiedlichen Maßstäbe im Umgang mit den regionalen Vereinen Kultur- und Sport-Region einerseits sowie FrauenRatschlag andererseits und betonte: *„Damit sind die strukturellen Rahmenbedingungen, die – wie schon lange vom FrauenRatschlag formuliert – Voraussetzung für eine langfristige Weiterarbeit des FrauenRatschlags in der bisherigen Form sind, leider nicht gegeben.“*(Schreiben FrauenRatschlag an den VRS Februar 2003)

Das Scheitern des Versuchs, verbesserte Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit zu erreichen, führte in 2003 zu einer Zäsur, was Aktivitäten und Perspektiven des FrauenRatschlags anbetraf: Konzentration auf weniger Schwerpunkte und Veranstaltungen, Verzicht auf die erfahrungsgemäß aufwändigen Schritte der Projektentwicklung, stärkere Nutzung der Vereinsstrukturen und Begrenzung auf diesen Rahmen – mit diesem ‚kleineren‘ Konzept zog das Netzwerk die Konsequenzen.

Das Problem der mangelnden Ressourcen begleitete den FrauenRatschlag von Anfang an. Es wurde immer wieder mit viel unbezahltem Einsatz überbrückt. Bereits im Sommer 1997 war ein Antrag für ein Projekt ‚Verankerung von Frauenbelangen in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik‘ – unterstützt durch

den VRS – im Rahmen des NOW-Programms an die EU und das Land Baden-Württemberg gestellt – und abgelehnt worden. Damit sollten auch die Ressourcen des FrauenRatschlags erweitert werden. Dieser Antrag zielte auf eine systematische Vernetzung von Fraueninteressen im Blick auf regionale Wirtschaft und Beschäftigung, um in der Region für eine gleichstellungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik zu sensibilisieren, die Beteiligung von Frauen an der Regionalpolitik zu fördern und auf verbesserte Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen hinzuwirken.

Odile Laufner

Zur Person:
Dipl. Ing. Freie Architektin und Stadtplanerin.

Von Anbeginn aktiv beim FrauenRatschlag bis Ende 2008. Zu diesem Zeitpunkt habe ich keine Chance mehr gesehen für eine strukturelle Basis, auf der sich kompetent arbeiten ließe.

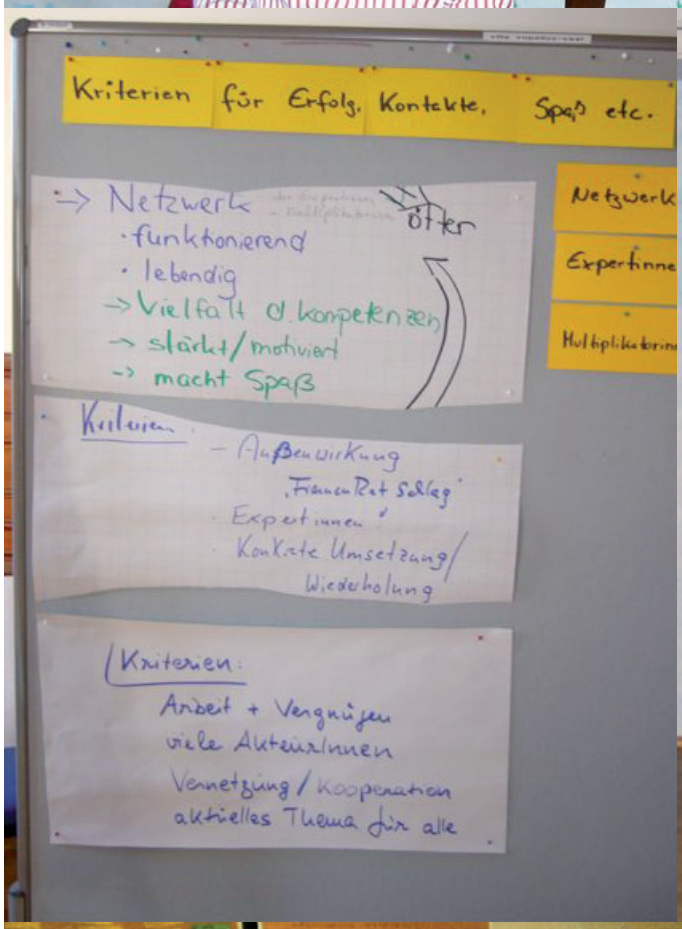
Ich habe in den gemeinsamen Jahren die vielen interdisziplinären Diskussionen mit den engagierten Frauen sehr geschätzt. Diese Zeit war geprägt von der Hoffnung in einem Rahmen – der Region und dem Verband Region Stuttgart – eine größere Offenheit vorzufinden als in bereits etablierten und oftmals dadurch eingefahrenen Strukturen.

Als Architektin und Stadtplanerin habe ich häufig die Erfahrung einer sehr männerzentrierten Sicht auf unsere gebaute Umwelt kennen gelernt und den Bedarf, diese eingeengte Sicht zu erweitern. Die Lebenswelten von Frauen unterscheiden sich sehr häufig von denen der Männer in unserer Gesellschaft. Beide Welten sind veränderungsbedürftig in ihrer Festlegung. Sie entsprechen nicht mehr den sich ändernden Lebensentwürfen. So galt schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt mein Augenmerk der Problematik des großflächigen Einzelhandels und der immer mehr wegbrechenden Infrastruktur insbesondere im ländlichen Raum. Dieses Thema wurde dann vom Verband aufgegriffen. Hier gibt es jedoch noch sehr viel zu tun.

Für fundierte Analysen im Rahmen der Regionalplanung in Bezug auf die unterschiedlichen Auswirkungen von Planung auf Frauen und Männer, Mädchen und Jungen (Gender-Planing) gab es nur minimalste Mittel, die jedesmal mit viel Aufwand organisiert und beantragt werden mussten. Welten lagen zwischen der finanziellen Ausstattung der „Sportregion Stuttgart" z.B. und der „Frauenregion Stuttgart".

Einige Jahre sind wir engagierten Frauen in Vorleistung getreten. Doch im Laufe der Zeit stellte sich heraus: man wollte keine strukturelle Basis schaffen für eine qualifizierte Basisarbeit – das wurde deutlich bei einem Gespräch mit dem Verbandsdirektor Dr. Steinacher.

So entwickelte sich nicht nur bei mir immer mehr das Gefühl, dass der FrauenRatschlag als Feigenblatt benutzt wurde, z.B. gegenüber einer fortschrittlicheren Region Hannover. Die Frauen waren doch präsent – nur unter welchen Bedingungen! Zu diesem Zeitpunkt habe ich keine Chancen mehr gesehen für eine strukturelle Basis, auf der sich kompetent arbeiten ließe. So ließ sich keine professionelle qualifizierte Arbeit leisten. Ich bedauerte dies sehr – trotzdem bleiben mir die vielen angeregten Zusammentreffen in guter Erinnerung.


Kriterien für Erfolg, Kontakte, Spaß etc.
-> Netzwerk
· funktionierend
· lebendig
-> Vielfalt d. Kompetenzen
-> stärkt/motiviert
-> macht Spaß
Netzwerk
Expertinne
Kriterien
- Außenwirkung
Frauen Rat Schlag
Expertinnen
Kontakte Umsetzung/
Wiederholung
Kriterien:
Arbeit + Vergnügen
viele Akteurinnen
Vernetzung / Kooperation
aktuelles Thema für alle

4. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des FrauenRatschlags Region Stuttgart

4.1 Was waren die Grundlagen?

Der FrauenRatschlag Region Stuttgart hat in seiner Arbeit mehrere fachlich-inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Kontinuierliche Arbeitsgruppen haben zu diesen Schwerpunkten Positionen, strategische Ansatzpunkte, Veranstaltungskonzepte und Studien erarbeitet, sowie Stellungnahmen vorbereitet.

Der FrauenRatschlag legte seiner Arbeit folgende Annahmen zugrunde:

- Die Lebenssituationen von Frauen und Männern unterscheiden sich zur Zeit noch gravierend.
- Entscheidungen in Politik und Organisationen betreffen Frauen und Männer unterschiedlich.
- Für Chancengleichheit können sich Frauen und Männer in gleichem Maße einsetzen.
- Von diesen Veränderungen profitiert die gesamte Gesellschaft.

Um die Chancengleichheit voranzubringen, orientierte sich das Netzwerk an den Konzepten der Frauenförderung, die Gleichstellung durch entsprechende Fördermaßnahmen zu erreichen, und des Gender Mainstreaming.

Nicht erst seit Einführung des Gender Mainstreaming als grundsätzliche Verpflichtung für alle Ebenen der Politik und Verwaltung, die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen und Männer bzw. die jeweiligen Rollen in der Gesellschaft zu prüfen, stellte sich für engagierte Frauen die Frage, wer die Überprüfung von Gleichstellungszielen einfordert und die Umsetzung von Maßnahmen überwacht.

Mit der Verankerung der Strategie des Gender Mainstreaming 1996 im Amsterdamer Vertrag der Europäischen Union und der darauf folgenden Debatte auf vielen politischen Ebenen war aber ein wichtiger Impuls und eine neue Strategie verbunden, die sich als top down-Strategie an die Entscheidungsträger richtete.

In Ergänzung der bisherigen Instrumente der Gleichstellungspolitik ging es – auch in der Regionalpolitik – darum, den Blickwinkel dahingehend zu verändern, dass Frauen und Männer gemeinsam für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse Verantwortung übernehmen.

Die Strategie zielt darauf ab, dass in allen Politikbereichen und in allen Arbeitsbereichen einer Organisation bei allen Entscheidungen

- die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern berücksichtigt wird und
- jede Entscheidung daraufhin überprüft wird, ob sie der Chancengleichheit von Frauen und Männern hinderlich oder förderlich ist.

In ihrem Positionspapier vom Juni 2001 zur Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie innerhalb der Gleichstellungspolitik haben der FrauenRatschlag und die Frauenbeauftragten der Region Stuttgart gemeinsam die Notwendigkeit einer Doppelstrategie betont, wie sie auch von Seiten der EU eingefordert wird. Dies bedeutet, dass die klassische Frauenpolitik erhalten bleiben muss, da die hier vorhandenen Strukturen sowie Sach- und Fachkompetenzen ja nicht überflüssig werden. So verstanden bedeutet die neue Strategie eine Stärkung und Aufwertung der Gleichstellungsarbeit. Zu den im Positionspapier benannten Standards bei der Umsetzung des Gender Mainstreamings gehören u.a. die Erhebung und Auswertung geschlechterdifferenzierter Daten, die Entwicklung von Gender Kompetenz, die Einbindung der Frauenbeauftragten als Expertinnen, die Erarbeitung eines Maßnahmeplans mit Zielvorgaben und entsprechende Überprüfungen. Wesentliches Element ist schließlich, dass Gender Mainstreaming als top-down-Prozess angelegt sein, also von der Organisationsspitze ausgehen und unterstützt werden muss.

Auch von Seiten des Regionalparlaments wurde in 2002 die Strategie des Gender Mainstreaming aufgegriffen. In einem Antrag der Regionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ‚Gender Mainstreaming in der Region Stuttgart verankern' vom Januar 2002 wurde neben einer Bestandsaufnahme ein Konzept eingefordert, wie diese Strategie künftig verbindlich in den Entscheidungen und Handlungen des Verbands nach innen und außen zu verankern und umzusetzen sei.

In seiner Bilanz der bisherigen Politik als Antwort auf den Antrag in der Sitzungsvorlage Nr. 107/2002 für den Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung im April 2002 verweist der Verband Region Stuttgart auf die hohe Priorität, die der Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Arbeit des Verbands eingeräumt werde. Seit der Gründung des Verbands werde dies als Querschnittsaufgabe gesehen und in Veranstaltungen, Datenanalysen und Gutachten und Projekten – in Kooperation oder Abstimmung mit dem FrauenRatschlag – umgesetzt.

Als konkrete Massnahmen wurden nun aufgenommen:

- Entwicklung von Gender-Kompetenz für alle Beschäftigten beim Verband
- Der Frauenförderplan wird zu einem Plan für die Förderung von Chancengleichheit von Männern und Frauen.
- Bei Veranstaltungen des VRS soll Kinderbetreuung angeboten werden.

Die Anregung des FrauenRatschlags, an einem oder zwei Projekten des VRS konkret zu analysieren und zu erproben, wie Gender Mainstreaming umzusetzen sei, um damit die Strategie auch auf Inhalte bezogen in regionalpolitischen Prozessen anwenden zu können, wurde nicht aufgegriffen.

Ulrike Leipersberger

zur Person:
Studienleiterin bei der Evangelischen Akademie Bad Boll

Beim FrauenRatschlag engagiert seit der ersten Stunde, also quasi eine der Hebammen, langjährige Vorstandsfrau und Ansprechperson.

Schwerpunkte waren die Vernetzung der Akteurinnen (auch das „Zusammenhalten"), die Veranstaltungskonzeption und -vorbereitung , die Moderation, die Überprüfungen/Zwischenbilanzen der Arbeit des FrauenRatschlags, die Kontakte zu VRS, WRS und den anderen regionalen Akteuren.

Erfolge des Netzwerks:
Die lagen vor allem in den ersten Jahren. Viele (politische) Akteurinnen konnten wir für die regionale Frauenpolitik interessieren und deren Zusammenarbeit bei gemeinsamen Fragestellungen unterstützen. Wir haben hartnäckig den frauenpolitischen Blickwinkel in der Regionalpolitik eingefordert.

Misserfolge:
Es ist uns nicht gelungen, Frauenpolitik in der Region bzw. im Verband Region Stuttgart zu institutionalisieren. Ebensowenig führten unsere Bemühungen zum Erfolg, eine nennenswerte finanzielle Unterstützung durch die Region/VRS zu erhalten.
Wir haben letzten Endes die Rolle eines Feigenblatts für den Verband gespielt.

Was ist offen geblieben?
Eine konsequente geschlechtsdifferenzierte Erhebung und Auswertung von Daten als Grundlage der Planung und des politischen Handelns ist nach wie vor wichtig und unerledigt. Denn unterschiedliche Lebenswirklichkeiten und Rollen von Frauen und Männern bestehen weiterhin.

Gleichstellungspolitische Ziele müssen verfolgt und umgesetzt werden, das würde bedeuten, dass die Grundsatzreferentin mehr Kapazität für diese Fragen erhält und nicht weniger. Natürlich sollte es eine regionale Gleichstellungsbeauftragte geben. Entsprechend den einleitenden Worten im Regionalplan: ‚Gleichstellung ist keine untergeordnete Aufgabe des VRS, sondern von entscheidendem Stellenwert.'

4.2 Regionalplanung – Fraueninteressen formulieren und im Planungsprozess zur Geltung bringen

Wie kann der Lebensalltag von Frauen stärker in der regionalen Planung verankert werden? Dies war eines der zentralen Themen, die sich der FrauenRatschlag Region Stuttgart vorgenommen hatte. Nach wie vor überwiegt in der Planung das Verständnis von einer ‚neutralen' Herangehensweise an die Planungsaufgaben, in der die soziale Rolle und auch das Geschlecht keine Rolle spielt. ‚Wir planen für alle' ist, vor allem bei Planern, eine gängige Aussage, die vorhandene Unterschiede nicht beachtet. Gleichzeitig geht es bei der Regionalplanung um zunächst sehr abstrakte Fragen. Umso wichtiger die Übersetzung in den regionalen Lebensalltag. Entscheidend sei, die Frauenbelange vor Ort, in Stadt und Region mit Leben zu füllen, so wurde von Seiten des FrauenRatschlags formuliert.

Wenn das Ziel Geschlechtergerechtigkeit in der Raumordnung ist, so folgt daraus, wie dies eine der Planungsfachfrauen des FrauenRatschlags, Monika Kunz, formuliert hat:

- Unterschiedliche Bedürfnisse von Frauen und Männern erfordern angepasste, d.h. unterschiedliche Antworten, Maßnahmen, Planungen.
- Noch bestehen in der Raumnutzung und Verfügbarkeit über Raum Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, die beseitigt werden sollen, und das geht nur über eine Ungleichbehandlung.

Denn für Frauen lassen sich nur dann gleichwertige Lebensverhältnisse realisieren, wenn räumlich nachweisbare, geschlechtsspezifisch begründete, ungleiche Lebenschancen analysiert, erkannt und durch geeignete räumlich wirksame Maßnahmen beseitigt werden.

Der FrauenRatschlag nahm die Ergebnisse aus dem Hearing des VRS ‚Frauen in der Region Stuttgart – Frauenbelange in der Regionalpolitik' am 9. Mai 1996 auf, bei dem in den drei Themenbereichen Regionalplanung, Öffentlicher Personennahverkehr und Wirtschaftsförderung die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Frauen und die daraus resultierenden Anforderungen u.a. an die Regionalplanung diskutiert worden waren. Das Anliegen, mit einem Gutachten im Sinne eines Modellvorhabens die verstärkte Integration von Frauenbelangen in der Regionalplanung voranzubringen, wurde vom Verband unterstützt und gemeinsam mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg finanziert.

Das Modellvorhaben *‚Frauengerechte Regionalplanung. Gutachten zur Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Regionalplanung am Beispiel des Verbands Region Stuttgart'* wurde von den beiden Diplomingenieurinnen Christine Grüger und Monika Kunz bearbeitet.

Sie arbeiteten heraus, dass eine zunehmende Vielfalt von Lebenszusammenhängen und Lebensmustern heute lebender Frauen wahrgenommen werden muss. Die Autorinnen benennen als Determinanten verschiedener Frauentypen die Erwerbstätigkeit, die Haushalts- und Sozialstruktur, die Lebensphasen sowie Nationalität bzw. kulturelle Identität, aus denen sich Handlungserfordernisse für die Planung ableiten lassen. So spiele beispielsweise für die berufstätige Mutter oder die Alleinerziehende die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes, der Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen sowie der Erholungsräume und Freizeiteinrichtungen eine entscheidende Rolle. Angesichts eingeschränkter Betreuungsmöglichkeiten, etwa durch Öffnungzeiten, rechneten sich oft lange Anfahrtswege insbesondere bei Teilzeitarbeit nicht, so dass zugunsten einer Arbeit in räumlicher Nähe auf die Ausübung eines ausbildungsadäquaten Berufes verzichtet werde. Berufstätige Frauen ohne Kinder nähmen dagegen längere Pendlerfahrten zum Arbeitsplatz in Kauf und nutzten die Vielfalt der Infrastruktur in der Stadt. Da auch sie für Haus- und Versorgungsarbeit zuständig seien, seien auch sie an der Erreichbarkeit und dem Angebot an Dienstleistungen und Versorgungsinfrastruktur interessiert.

Um diesen verschiedenen Lebenslagen gerecht zu werden, plädierten die Planerinnen für die Verwirklichung des raumordnerischen Leitbildes der ‚dezentralen Konzentration' oder ‚Stadt der kurzen Wege' und die Erweiterung der Planungsperspektive vom ‚entsorgten Alltag', wie er (männlichen) Personen mit einer bezahlten Erwerbsarbeit entspricht, hin zum ‚versorgenden Alltag'.

Aus diesem Leitbild wurden Leitlinien entwickelt, zu denen u.a. der Ausbau der frauengerechten und familienentlastenden Infrastruktur in zentralen Lagen mit guter Erreichbarkeit, die Erhaltung und Schaffung eines ausreichenden Angebots unterschiedlicher Wohnungsgrößen und -mieten, die Sicherung und Erhaltung von Freiräumen für Naherholung gehörten. Das Gutachten mündete in konkreten Ergänzungsvorschlägen für den im Entwurf vorliegenden Regionalplan.

Ein zentrales Anliegen dieses Gutachtens, aber auch der weiteren Diskussion im FrauenRatschlag, war die Frage, wie Frauenbelange denn nun in die Regional-

planung kommen und welche Strategien dafür sinnvoll wären. Wie können die formulierten Ansprüche in den Planungsprozess (von der Fachplanung bis zur überörtlichen und übergeordneten Gesamtplanung) eingebracht und wie deren Umsetzung kontrolliert werden? Im Gutachten wurden dazu im Blick auf den Verband Region Stuttgart u.a. folgende Möglichkeiten vorgeschlagen:

- die Einrichtung einer dem Regionaldirektor zugeordneten Frauen- bzw. Gleichstellungsbeauftragten (wie es sie in der Region Hannover gibt)
- die Berufung bzw. Einbeziehung von Fachfrauen in allen Abteilungen des Verbandes
- die Beteiligung des FrauenRatschlags im weiteren Verfahren der Fortschreibung des Regionalplans
- die Beteiligung externer Fachfrauen, aber auch
- die Initiierung von Leitbilddiskussionen sowie der Einsatz dialogorientierter Beteiligungsverfahren.

Von den Vorschlägen, die den ‚Transfer' von Frauenin-teressen in die einzelnen Planungsbereiche gewährleisten sollten, wurde vom VRS nur die Beteiligung des FrauenRatschlags wie ein Träger öffentlicher Belange

Monika Kunz

zur Person:

Diplomingenieurin, Leiterin Stadtplanungsamt Saarbrücken, zuvor Stadtbauamt Ditzingen

Schwerpunkte im Netzwerk:
Den FrauenRatschlag kenne ich seit seiner Gründung, ich war trotz der berufsbedingt weiter entfernt liegenden Wohnorte immer Mitglied und finde es traurig, dass sich diese bundesweit einmalige Institution auflöst. (Durch die Mitgliedschaft hatte ich so gute Kenntnisse über die rechtliche Konstellation des neu gegründeten VRS, dass ich in der 2. Staatsprüfung die beste Note in der schriftlichen Prüfung dazu bekommen hatte.)

Ich habe zusammen mit Christine Grüger ganz am Anfang ein Modellprojekt zur Frauengerechten Regionalplanung im Auftrag des Regionalverbandes erstellt und an den Workshops mitgewirkt. Wir haben die Forderungen zusammen mit den Mitgliedern des FrauenRatschlags erarbeitet und als Stellungnahme eingebracht. Für verschiedene Teilfortschreibungen habe ich an den Stellungnahmen und inhaltlichen Diskussionen aus der stadt- und regionalplanerischen Sicht mit gearbeitet.

Erfolge/Misserfolge:
Die Einbeziehung des FrauenRatschlages wie ein Träger Öffentlicher Belange TÖB in die Arbeit des Regionalverbandes war der größte Erfolg und zu der Zeit auch einmalig. Möglich wurde dies dank der Offenheit von Dr. Steinacher und der für diese Zusammenarbeit zuständigen Grundsatzreferentin des VRS Claudia Geiser, auch wenn wir immer wieder auf die Punkte der Betroffenheit von Frauen durch die Festsetzungen hinweisen mussten, wie zum Beispiel bei den Befragungen zum Verkehrsgutachten oder bei dem Thema Großflächiger Einzelhandel. Aber die Hartnäckigkeit der Mitstreiterinnen und die Gesprächsbereitschaft auf Seiten des Regionalverbandes haben doch dazu geführt, dass auch im Verbund mit anderen Frauenorganisationen wie Fachgruppe Frauen der SRL e.V. oder Informationskreis für Raumordnung IfR e.V. bundesweit beachtete Resolutionen verabschiedet und z.B. in die Metrex-Sitzungen eingebracht werden konnten. In den Räumen des VRS haben wir oft getagt, auch zusammen mit der Kommission Frauen in der Stadt des Deutschen Städtetages, deren Mitglieder Claudia Geiser und ich waren.

Wie in vielen anderen Frauenorganisationen ist durch die, oder zumindest parallel zur, Gender Debatte ein Motivationsloch entstanden, das verstärkt durch den notwendigen Generationswechsel nun zur Auflösung führt. Es ist mehr als schade, dass es – in den Zeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise – anscheinend kein Engagement auf der regionalen Ebene mehr gibt, für die spezifischen Belange der Frauen zu streiten.

sowie die Hinzuziehung von Fachfrauen aufgegriffen. Nach der ersten Beteiligung des FrauenRatschlags wurde festgestellt, dass die Ergänzungsvorschläge aus dem Gutachten nur unzureichend berücksichtigt worden waren.

Bei der Tagung des VRS ‚Und was die Frauen betrifft ... Zwischenbilanz und Perspektiven der Frauenpolitik in der Region Stuttgart' am 25. Oktober 2001 wurden im Workshop Regionalplanung die bisherigen Erfahrungen aus der Sicht des FrauenRatschlags bewertet: *„Die Kategorie Geschlecht hat Einzug in die Aufgaben und in der Organisation des VRS gehalten, doch steht es auf einem unverbindlichen Fundament. Eine Sensibilisierung ist beim VRS, Regionalversammlung, Planungsausschüssen sowie der Öffentlichkeit festzustellen. Der Gleichberechtigungsgrundsatz ist zwar in die Ziele und Grundsätze des Regionalplans aufgenommen worden. Doch bleibt unklar, wie der VRS daraus nach außen und innen eine Selbstverpflichtung ableitet."*

Der FrauenRatschlag beteiligte sich auch bei weiteren Teilfortschreibungen des Regionalplans und engagierte sich beratend in verschiedenen planerischen Fragen.

Zu einem brisanten Thema in der Region entwickelte sich die Frage der wohnortnahen Grundversorgung, die sich an den Entwicklungen hin zu Zentren im Grünen und Verödung der Innenstädte entzündete. Im FrauenRatschlag wurden im Herbst 2000 die Auswirkungen eines weiteren Ausbaus des großfächigen Einzelhandels diskutiert, der die fußläufige Erreichbarkeit für viele Bevölkerungsgruppen und insbesondere Frauen in Frage stellt – Diskussionen, die durch die Beteiligung von Odile Laufner an der Wettbewerbsjury ‚Modellprojekt innerörtlicher Einzelhandel' in die regionale Debatte und 2001 auch in die Studie zur wohnortnahen Einzelhandelsversorgung einflossen.

Eine Weiterführung dieses Themas bedeutete auch die Beteiligung des FrauenRatschlags am Forschungsprojekt des Deutschen Instituts für Urbanistik ‚Fläche im Kreis', bei dem in zwei Planspielen ermittelt wurde, ob und welche Instrumente dazu beitragen, den Flächenverbrauch einzudämmen und die Innenentwicklung zu fördern. Der FrauenRatschlag brachte hier den Blickwinkel ‚Gender in der Flächenkreislaufwirtschaft' ein, d.h. eine Analyse, wie Männer und Frauen am Flächenverbrauch beteiligt sind, etwa in der Verfügung über Wohnflächen oder dem Wohnstandortverhalten, und wie Instrumente zur Steuerung von Flächenverbrauch unterschiedliche Wirkungen auf Frauen und Männer zeigen.

4.3 Verkehrsplanung: Mobilität für die verschiedenen Anforderungen im Lebensalltag

Die Herausforderungen, die sich für eine geschlechtergerechte Verkehrsplanung stellen, lassen sich mit dem Stichwort der ‚Windschutzscheibenperspektive' beschreiben. Diese Perspektive der hauptsächlich männlichen Planer mittleren Alters nahm vor allem Probleme beim Autofahren wie Staus und enge Kurven in den Blick. Der Ausbau von Straßen war die Konsequenz; die ‚autogerechte Stadt' wurde verwirklicht. Der Blick von Kindern, von Frauen, Älteren und von Menschen mit Mobilitätshemmnissen nimmt ein breiteres Spektrum wahr: Verkehrsgeschwindigkeiten, Gehwege, Unterführungen, Fahrradwege, Lärm und Schadstoffbelastungen.

Für die Alltagsbewältigung in der Region spielt die Erreichbarkeit bestimmter Wegeziele und damit die Mobilität eine große Rolle; speziell Frauen mit einem ‚versorgenden' Alltag sind oft weniger mobil: ohne Auto, mit zeitlichen Engpässen und daher in besonderem Maße auf die erforderlichen Infrastruktureinrichtungen und ihre adäquate Ausgestaltung angewiesen. Vor allem die berufstätige Familienfrau weist besonders komplexe Alltagsmuster auf und wird oft genug in die Rolle einer ‚Wegekettenakrobatin' und Zeitmanagerin gezwungen (siehe Gutachten Grüger/Kunz).

In den Grundsatzdiskussionen des FrauenRatschlags und in den Statements der Fachfrauen wurde immer wieder betont, dass es bei der Berücksichtigung von Mobilitätsanforderungen von Frauen nicht um Nischen oder randständige Interessen gehe, vielmehr erfordere die Vielfalt an Lebensformen von Frauen einen breiteren, ganzheitlichen Blick, von dem die gesamte regionale Bevölkerung profitieren könne. Ziel war also nicht, Frauenmobilität als Sonderfall zu behandeln, sondern ein umfassendes Bild der Mobilität der Bevölkerung zu erstellen.

Das Thema Verkehr – als grundlegender Teil der Regionalplanung – war für den FrauenRatschlag Region Stuttgart von Anfang an ein zentrales Anliegen. Neben der Regionalplanung und der Wirtschaftsförderung ist es eine der wichtigen Zuständigkeiten des VRS, soweit es sich um den regionalbedeutsamen Verkehr handelt. Die Erstellung des Regionalverkehrsplans bot die Chance, neue Akzente zu setzen und die Region als Lebensraum von Frauen ins Spiel zu bringen.

Als wichtige Aufgabe stellte sich zunächst für den FrauenRatschlag, eine systematische geschlechtsspezifische Datengrundlage einzufordern. In der Studie ‚Mobilität von Frauen in der Region Stuttgart – Folgerungen für den Regionalverkehrsplan' wurden in 1997 die Daten einer Haushaltsbefragung ausgewertet und unterschiedliche Mobilitätsmuster von Männern und Frauen herausgearbeitet. Manches mag sich inzwischen verändert haben, als umso wichtiger erweist es sich, solche Daten nicht nur punktuell zu erheben.

Welche Mobilitätsmuster ergaben sich damals aus der Studie der beiden Verkehrsplanerinnen Stete und Klinkhart:

- Frauen besitzen deutlich seltener als Männer einen eigenen PKW.
- Fast die Hälfte der Wege von Frauen hängen mit Haus- und Familienarbeit zusammen (bei Männern: ein Viertel).
- Frauen benutzen deutlich häufiger als Männer die Verkehrsmittel des Umweltverbundes. Sie legen viele Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad und im öffentlichen Personennahverkehr zurück.
- Als typisches Merkmal der Frauenmobilität bestätigt sich die Verknüpfung von Wegen zu Wegeketten.
- Frauen sind eher bereit als Männer, auf einen PKW zu verzichten und zu einem Wandel der Verkehrsstruktur beizutragen, wenn ihre Mobilitätsbedürfnisse anders befriedigt werden.

Als konkrete Maßnahmen wurde auf dieser Grundlage u.a. Folgendes vorgeschlagen:

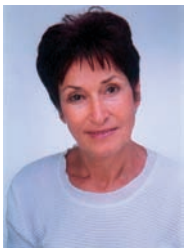
- Infrastruktureinrichtungen wie z.B. Einkaufszentren in fußläufiger bzw. Fahrradentfernung zu den Wohngebieten und möglichst zentral zum Siedlungsschwerpunkt ausweisen.
- Berücksichtigung des hohen Fußwegeanteils nicht nur in Verbindung mit der Planung von Fußgängerzonen, sondern z.B. durch Rückbau von Ortsdurchfahrten.
- Bedeutung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel beachten, also nicht nur Freizeit-, sondern auch Alltagsrouten einplanen.
- Im Blick auf die Aufstellung der Nahverkehrspläne eine qualitative Mängelanalyse aus Frauensicht vornehmen: zur Erreichbarkeit wichtiger Wegeziele, zum Liniennetz und zu Haltestellen.

Damit waren sowohl in dieser Mobilitätsstudie wie auch in der Stellungnahme zum Regionalplan durch den FrauenRatschlag Anforderungen auf Basis der Mobilitätsbedürfnisse von Frauen formuliert und Vorschläge zur Umsetzung wie auch zur Integration von Frauen in den Planungsprozess unterbreitet worden. Allerdings war der Planungsprozess bereits weit fortgeschritten; die formulierten Frauenbelange wurden nicht mehr in

die Konzeption der Szenarien – den nächsten Schritt des Prozesses – einbezogen.

‚Die Einbeziehung von Frauenbelangen in den Entstehungs- und Beteiligungsprozess bei der Entwicklung eines Regionalverkehrsplanes ist neu und nachahmenswert, jedoch war das Vorgehen insgesamt (...) aus Frauensicht noch unbefriedigend. (...) Beim Regionalverkehrsplan wurde zum Teil nachträglich versucht, Frauenbelange in die bereits fortgeschrittenen Planungen einzubeziehen, jedoch ist dies nur in Bezug auf den nichtmotorisierten Verkehr und den öffentlichen Personennahverkehr geschehen (....) Bis heute werden bei Verkehrsuntersuchungen keine Daten erhoben, die über die spezifische Mobilität von Frauen und deren Mobilitätsverhalten umfassende Auskünfte geben' – so die Bewertungen der Diplomgeografin Monika Herrmann-Lobreyer. In ihrer Studie ‚Frauengerechte Verkehrsplanung' vom Februar 2000 benannte sie Rahmenbedingungen, Leitlinien und Formulierungsvorschläge für den FrauenRatschlag, der wie ein Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme aufgefordert worden war.

In der Fassung des Regionalverkehrsplans, die im März 2001 beschlossen wurde, wurden schließlich wichtige Punkte aufgenommen; mit einer frühzeitigeren Einbeziehung des FrauenRatschlags hätte das Ergebnis



Ilse Majer-Wehling

zur Person:
Verwaltungswirtin, bis 2009 Mitglied in der Regionalversammlung für Bündnis 90/Die Grünen

In den 12 Jahren meiner Mitgliedschaft – davon 10 Jahre als Regionalrätin – ist mir der FrauenRatschlag Region Stuttgart als ein kreatives und lebendiges Forum in Erinnerung. Es gab anregende Diskussionen/Veranstaltungen zu vielen Themen/Aufgaben des Verbands Region Stuttgart (VRS), die in vielen Empfehlungen bzw. Stellungnahmen aus frauenpolitischer Sicht mündeten. Meine Schwerpunkte lagen im Bereich Arbeitsmarktpolitik; hier ging es mir besonders um Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit von Männern und Frauen.

Erfolge/Misserfolge:
Prinzipiell sehe ich einen großen Erfolg des FrauenRatschlags darin, dass Chancengleichheit von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming) als Querschnittsaufgabe des Verbands Region Stuttgart im Jahr 2002 durch Beschluss der Regionalversammlung verankert wurde. Allerdings wurde dieses Prinzip danach nur dürftig umgesetzt und damit der „Erfolg" relativiert. Dies gilt auch für notwendige aktuelle geschlechterspezifische Datenerhebungen in Zusammenhang mit den Fortschreibungen des Regionalplans bzw. des Regionalverkehrsplans, um die sich der FrauenRatschlag immer bemüht hat. Beschlossen wurde auch dies, aber auch hier haperte und hapert es an der Umsetzung.

Da es dem Netzwerk stets an personellen und finanziellen Ressourcen mangelte, sollte ein Antrag Abhilfe schaffen. Der überfraktionelle Antrag auf einen bescheidenen Kostenzuschuss zum Aufbau nötiger professioneller Strukturen des FrauenRatschlags scheiterte leider an der Haltung der Verbandsverwaltung und der größten Fraktion in der Regionalversammlung. Das Interesse der meisten Regionalrätinnen und -räte am FrauenRatschlag blieb trotz verstärkter Bemühungen marginal. Auch war es zunehmend schwierig, Frauen aus der gesamten Region für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Wir haben unter diesen Umständen unser Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an regionalpolitischen Entscheidungen und in wirtschafts- und strukturpolitischen Fragen in der Region, nicht erreichen können. Das wäre nur möglich, wenn die Frauenpolitik im VRS einen höheren Stellenwert bekäme – ähnlich dem bei Kultur und Sport, den beiden anderen „freiwilligen Aufgaben" des Verbands. Vielleicht wird daran der demografische Wandel in Zukunft etwas ändern.

allerdings positiver ausfallen können. Aber es sind auch Erfolge zu benennen:

Der Verband Region Stuttgart erreichte als Gesellschafter des Verkehrs- und Tarifverbunds (VVS), dass – ein wichtiges Anliegen des FrauenRatschlags – die Mobilitätsmuster von Frauen in der Tarifgestaltung ein Stück weit berücksichtigt wurden: Um den komplexen Wegeketten von Frauen Rechnung zu tragen, wurde ein Ticket eingeführt, das Fahrtunterbrechungen und Umsteigen in einem bestimmten Zeitraum erlaubt. Allerdings ist es noch nicht gelungen, einen längerwährenden Zeitfahrschein mit Rückfahrberechtigung durchzusetzen.

Seit 1997 gibt es beim VVS einen Fahrgastbeirat, in dem verschiedene gesellschaftliche Gruppen und auch der FrauenRatschlag vertreten sind. Nach fünf Jahren wurde im Herbst 2005 im FrauenRatschlag eine kritische Bilanz gezogen:

- Generell wird der VVS als unbeweglich im Hinblick auf Forderungen aus dem Fahrgastbeirat wahrgenommen. Dies gilt etwa für die immer wieder erhobene Forderung nach einer Erhebung geschlechtsdifferenzierter und nach Lebenslagen differenzierter Daten als Entscheidungsgrundlage, die u.a. als zu teuer abgelehnt wurden.
- Kritisiert wurde auch, dass der VVS kostenlos Wissen und Forderungen der Fahrgastgruppen im Beirat abrufe, dafür aber selbst nichts gebe.

Diese Erfahrungen und Einschätzungen wurden vom FrauenRatschlag in einer Pressemitteilung veröffentlicht.

Erneut stand im April 2009 wieder der Regionalverkehrsplan auf der Tagesordnung des FrauenRatschlags; Anlass war die anstehende Fortschreibung. In der Diskussion wurde – wie bereits früher – auf die Notwendigkeit einer Leitbilddiskussion hingewiesen, die auch einen höheren Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs festschreiben sollte. Betont wurde auch, dass alle Wege – auch Fuß- und Radwege – erfasst werden sollten. Positiv wurde vermerkt: Diesmal ist geplant, bei der neuen Befragung geschlechtsspezifische Daten zu erheben.

Insgesamt seien die Rahmenbedingungen gegenüber den früheren Diskussionen sehr verändert, so die Einschätzungen; Klimawandel und Energieprobleme gäben dem Thema heute viel mehr Gewicht.

4.4 Wirtschaftsförderung: Potenziale der Frauen in der Region nutzen – Beschäftigungschancen verbessern

Die regionale Aufgabenstellung Wirtschaftsförderung kann – dies war und ist die Einschätzung des FrauenRatschlags – nicht begrenzt werden auf Standortsicherung und Neuansiedlung von Unternehmen, auf Marketing und Gewerbeflächenmanagement.

Vielmehr geht es um regionale Entwicklungskonzepte, die die Entfaltung der vorhandenen Potenziale – gerade auch der Beschäftigten und ihrer Qualifikationen – ermöglichen.

Ein weit gefasstes Konzept von Wirtschaftsförderung: Dieses Anliegen des FrauenRatschlags, weit hinausgehend über die traditionelle Gewerbeflächenpolitik, beinhaltete auch beschäftigungspolitische Ansätze. Voraussetzung für ein breiteres Verständnis ist, dass bei den laufenden Umstrukturierungsprozessen in der Region und bei der Konzipierung von Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung nach den Beschäftigungseffekten und -perspektiven für Frauen gefragt wird. Dafür sind auch die strukturellen Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit in den Blick zu nehmen: Arbeits- und Beschäftigungsangebote für Frauen in der Region, Qualifizierungsangebote, innovative Arbeitszeitmodelle, gute Schulen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie ein breites Angebot an Beratungseinrichtungen.

Aus einem ersten Grundsatzpapier vom September 1996: *„Regionale Wirtschaftsförderung im Sinne von Frauen müsste aus unserer Sicht bedeuten, dass die Realisierung der gleichen Teilhabe von Frauen und Männern an allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten zum regionalen Entwicklungsziel gemacht wird. Es geht darum, auf regionaler Ebene die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen zu verbessern, die Beschäftigungschancen von Frauen zu stärken und darauf zu drängen, dass das vorhandene Potenzial, das Frauen darstellen, besser genutzt wird. Denn es sind Ressourcen wie Kreativität und Qualifikation, die neue Chancen für die Region bieten."*

Bereits in den ersten Diskussionen setzte sich der FrauenRatschlag mit der Notwendigkeit einer aussagefähigen Datenbasis auseinander. Denn aus verschiedenen Expertisen war deutlich geworden, dass die bis dahin zur Verfügung stehenden Daten für eine Erfassung und Analyse der regionalen Arbeits- und Lebensbedingungen in ihrer geschlechtsspezifischen Ausprägung nicht geeignet waren. Ein Anliegen, das später – ab 1999 – in den Strukturberichten zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der

Region Stuttgart aufgenommen wurde, allerdings in sehr begrenztem Umfang. Seit 1998 wurden diese von VRS, IHK Region Stuttgart und IG Metall Region Stuttgart in Auftrag gegeben und in zweijährigem Turnus vom IMU-Institut Stuttgart und dem Tübinger Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung erstellt.

In der Veranstaltung ‚Neue Wege der Beschäftigung für Frauen. Perspektiven für die Region' im Juni 1997 in Kooperation mit der WRS konnten Informationen zur Beschäftigungssituation von Frauen in der Region und Einschätzungen dazu zusammengetragen werden, wie sich der Strukturwandel auf die Beschäftigungschancen von Frauen auswirkt und wo zukunftsträchtige Berufsfelder gesehen werden. Die Daten des Strukturberichts und die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des IMU-Instituts bildeten dann die Grundlage für weitere Beratungen im Plenum und einer Arbeitsgruppe des FrauenRatschlags. Aus der Expertise der beteiligten Frauen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, IHK, Arbeitsagenturen, Bildungsträgern, Beratungsstellen konnte zusammen mit der WRS als ein wichtiger Schwerpunkt für weitere Aktivitäten die ungeklärte Beschäftigungsperspektive derjenigen herausgearbeitet werden, die von Arbeitsplatzabbau im Bereich Un- und Angelernte betroffen sind. Um hier einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung zu leisten und die Barrieren abzubauen, die eine präventive Qualifizierung oft verhinderten, wurde von Dagmar Bürkardt für den FrauenRatschlag ein Konzept ‚Mentoring für geringqualifizierte Frauen' entwickelt, das in ein mehrjähriges EU-gefördertes Projekt von WRS und VRS mit einer Koordinierungsstelle bei der WRS mündete. Grundgedanke war, die vor allem an Führungskräfte gerichteten Mentoringansätze für eine andere Zielgruppe zu nutzen und mit betrieblichen und überbetrieblichen Unterstützungsstrukturen die Weiterbildung von gering qualifizierten Frauen zu begleiten und abzusichern.

Weitere Schwerpunkte wurden mit den Themen ‚Frauen in Naturwissenschaft und Technik' und ‚Berufswahl von Mädchen' gesetzt sowie Lösungsansätze für eine betriebsnahe Kinderbetreuung bzw. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorangetrieben. Schließlich wurde die Arbeitsmarktsituation für Frauen in der Region 2007 mit dem Jahresthema ‚Demografischer Wandel und Erwerbsarbeit von Frauen' und verschiedenen Veranstaltungen wieder aufgenommen.

Der FrauenRatschlag meldete sich auch zu Wort, als im Regionalparlament in 2007 – im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung – die ‚Wirtschaftspolitischen Handlungsfelder für die Region Stuttgart bis zum Jahr 2020', vorgelegt durch die WRS, diskutiert wurden. In einer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zum Strategiepapier betonte der FrauenRatschlag, dass ins Strategiepapier die Genderperspektive aufgenommen werden müsse. Dies sei erstaunlicherweise nicht der Fall, obwohl die Gleichstellung von Männern und Frauen von VRS und WRS als wichtige Aufgabe gesehen werde und die feste Verankerung der Strategie des Gender Mainstreaming in allen Entscheidungen und Maßnahmen des Verbands vom Regionalparlament beschlossen worden sei.

Für das strategische Handlungsfeld Qualifizierung und Fachkräfte verwies der FrauenRatschlag darauf, dass Unternehmen *‚angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels (...) Frauen benötigen, zum einen wegen ihrer fachlichen Kompetenzen, aber auch auf Grund ihrer Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- oder Konfliktfähigkeit. Qualifikationen, die in der Teamarbeit der ‚Wissensgesellschaft' immer wichtiger wurden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist paradox: die Beschäftigungsquote von Frauen steigt zwar; sie sind besser ausgebildet und verfügen über bessere Abschlüsse und Qualifikationen als Männer, und dennoch bestehen geschlechtsspezifische Benachteiligungen in Bezug auf die Positionierung und die Bezahlung, denn viele Frauen sind Teilzeitbeschäftigte und/oder arbeiten in niedrig bezahlten Beschäftigungsverhältnissen.'* Der FrauenRatschlag forderte Rahmenbedingungen ein, die die strukturellen Probleme für Frauen in verschiedenen Lebenssituationen am Arbeitsmarkt abbauen können, und vor allem für die männerdominierte technische Arbeitswelt neue Arbeitszeitmodelle. Zugang zu Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, berufliche Entwicklungschancen in mittleren Qualifikationen, die Förderung der Potenziale von Migrantinnen und nicht zuletzt die Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern, das in der Region 25 % betrug, waren weitere Forderungen.

4.5 Neue Herausforderung: Die Europäische Metropolregion Stuttgart

Bereits Mitte der 90er Jahre fanden die ersten Schritte zur Bildung von Metropolregionen in Deutschland statt. Das Thema wurde in dieser Zeit in vielen Verdichtungsräumen mit internationaler Bedeutung europaweit aufgenommen. Die Metropolregionen bilden ein europaweites Netz von Verdichtungsräumen, die als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung wichtige Impulse einerseits für die jeweilige Region, andererseits auch für Deutschland und Europa geben sollen.

Eine breitere Diskussion und konkretere Schritte wurden in Stuttgart in den Jahren 2005 und 2006 in Gang gesetzt. Angesichts enger Verflechtungen im Blick auf den Verkehr, sowie in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht wurden über den Verband Region Stuttgart auch weitere regionale Bereiche wie Heilbronn, Tübingen, Reutlingen zum metropolitanen Verflechtungsraum gezählt. Der Verband Region Stuttgart spielte angesichts seiner Position als Kernregion und seiner bisherigen Aktivitäten in europäischen Zusammenhängen eine zentrale Rolle. Eine neue Verwaltungsebene wurde abgelehnt, vielmehr eine dezentrale organisatorische Lösung und regionsübergreifende Kooperation angestrebt.

Für den FrauenRatschlag Region Stuttgart stellte sich die Frage nach Inhalten und Strukturen in diesem neuen Rahmen. Es zeigte sich, dass die Aktivitäten der Europäischen Metropolregionen EMR sich vor allem auf wirtschaftliche Aspekte und die Positionierung im europäischen und globalen Wettbewerb bezogen und dass Gender-Fragen in dieser Debatte bis dahin keinerlei Rolle gespielt hatten. Grund genug für die Ausrichtung eines Workshops unter dem Titel ‚Metropolregionen. Im Blick: Gender-Aspekte' im Oktober 2006 in Kooperation mit weiteren regionalen Frauennetzwerken: der Fachgruppe ‚Frauen in der Planung' des SRL sowie den PlanungsFachFrauen Hannover und den Planerinnen Braunschweig. Dort wurde der Status der Metropolregionen und ihre inhaltliche Ausrichtung beleuchtet sowie Perspektiven und Projektideen unter Gender-Aspekten erarbeitet und diskutiert.

Der FrauenRatschlag Region Stuttgart nahm aus diesem Workshop den Auftrag mit, einen Forderungskatalog für die zukünftige Politik der Europäischen Metropolregionen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht zu entwerfen und mit den anderen Netzwerken abzustimmen. Dazu wurden weitere Kontakte zu den EMR Rhein-Ruhr und Rhein-Neckar und zum Netzwerk FrauenMitPlan in der EMR Rhein-Neckar aufgenommen. Im Positionspapier wird auf die generellen Vorgaben von Seiten der EU verwiesen: Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist offizielle Politik und so auch bei der Konstituierung und in allen Aktivitäten der EMR anzuwenden. Jedoch sei festzustellen, dass das wirtschaftliche und kreative Potenzial der Frauen nach wie vor nicht ausreichend wahrgenommen und eingesetzt werde.

Konkrete Forderungen an die Europäischen Metropolregionen:

- eine nach Geschlecht differenzierte Daten- und Informationsbasis als Voraussetzung für alle weiteren Arbeitsschritte
- Berücksichtigung des Gender Mainstreaming bei Vorhaben und Projekten der EMR. Empfohlen wird ein Gender-Check, für den auf vorhandene und erprobte Checklisten zurückgegriffen werden kann
- Transparenz der Kommunikationsprozesse, um auch für Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Netzwerke Möglichkeiten der Information zu gewährleisten
- Gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an allen Vorhaben und Prozessen; paritätische Besetzung in den Entscheidungsgremien bzw. Einbeziehen von Expertinnen(-Netzwerken)
- Fortbildung von EntscheidungsträgerInnen in Gender-Trainings zur Schaffung einer breiten Basis von Gendersensibilisierung und -kompetenz

Das Positionspapier wurde im April 2008 dem damaligen Regionaldirektor Dr. Steinacher auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der bundesweiten und europäischen Netzwerke der Metropolregionen IKM und METREX übergeben. Eine Reaktion auf das Papier hat der FrauenRatschlag über dieses Gespräch hinaus nicht erhalten. Es wurde deutlich, dass die politischen Zuständigkeiten in der offenen Struktur der Metropolregion es schwierig machen, eine solche Debatte zu adressieren.

FRAUEN Ratschlag
Region Stuttgart e.V.

5. Frauenpolitik in der Region:

Was konnte erreicht werden? Was ist offen geblieben?

Eine ganze Menge konnte auf die Beine gestellt werden. Austausch, Diskussionen, Projektideen, Tagungen, Studien, Beteiligung an regionalen Gremien und Projekten, Veranstaltungen, Stellungnahmen: In ihnen wurde deutlich, wie ungewöhnlich und bundesweit vorbildlich das Frauennetzwerk der Region Stuttgart war in seinem Zusammenschluss von Fachfrauen aus verschiedensten beruflichen Gruppen und gesellschaftlichen Institutionen, die über ihren beruflichen Hintergrund entsprechendes Fachwissen einbrachten, verbunden durch ihr frauenpolitisches Engagement. So hat gerade die Vielfalt der vertretenen Gruppen, Institutionen und Verbände und regionalpolitisch interessierter Frauen integrierte und innovative Ansätze hervorgebracht. Diese Vielfalt war eine entscheidende Ressource, die noch durch die Promotionen zweier Fachfrauen erweitert wurde, die über die Arbeit des Netzwerks forschten und sich auch selbst persönlich stark einbrachten.

Im Rückblick lässt sich sagen:

- Der FrauenRatschlag hat neue Wege beschritten und die Regionalpolitik vorangebracht. In vielen Zusammenhängen konnte konkretisiert werden, was es heißt, in Regional- und Verkehrsplanung und Wirtschaftsförderung dem Lebensalltag und den Interessen von Frauen (und Männern) Rechnung zu tragen.
- Unverzichtbare Grundlage dafür bildeten die vom FrauenRatschlag angeregten und zu einem großen Teil selbst durchgeführten Studien und Stellungnahmen, in denen die unterschiedlichen Anforderungen von Frauen und Männern in den regionalen Feldern herausgearbeitet wurden.
- Im offenen Forum wurden die Interessen von mehr als 1,3 Millionen Frauen in der Region benannt und für ihre Berücksichtigung geworben. Nicht immer wurden Anregungen und Forderungen des FrauenRatschlags aufgenommen; nicht immer ging es über grundsätzliche Formulierungen hinaus (siehe Regionalplan). Aber es wurden Ansätze und Standards entwickelt, die in Kommunal- und Regionalpolitik genutzt werden können.
- Mit vielen Veranstaltungen und der Beteiligung an regionalen Gremien konnte Öffentlichkeit hergestellt, die Repräsentanz von Frauen gestärkt und ihren Anliegen Gewicht verschafft werden.

Die anfängliche Aufbruchstimmung konnte den FrauenRatschlag eine ganze Reihe von Jahren tragen. Sie drückte die hohen Erwartungen von vielen Seiten an die neue politische Ebene der Region aus, die mit ihrer demokratisch legitimierten Regionalversammlung bundesweit Maßstäbe in der Ausgestaltung von Regionalisierungsprozessen setzte.

Doch nach und nach wurde deutlich, dass die regionale Idee auch mit viel Gegenwind zu kämpfen hatte. Mit ihrer Verwaltungsreform und der Stärkung der Landkreise drosselte die baden-württembergische Landesregierung den Motor der Region Stuttgart. Das Regionalmodell, das Antworten auf die vernetzten Probleme der Ballungsräume geben könnte, wurde geschwächt (z.B. Martin Hohnecker, früherer stellvertretender Chefredakteur, Stuttgarter Zeitung, in Region Stuttgart aktuell 4/2004 zur Bilanz 10 Jahre Verband Region Stuttgart).

Auch wenn von vielen Beteiligten der regionalen Idee eine große Rolle in der Zukunft zugeschrieben und auf die inzwischen forcierten Entwicklungen in anderen Regionen verwiesen wird, haben doch Konflikte, Konkurrenzen und Blockaden trotz der Erfolge dazu geführt, dass die Energien gebremst wirken. Auch scheint die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und die Arbeit in offenen politischen Strukturen an Bedeutung verloren zu haben. Diese Entwicklung hat auch die Rahmenbedingungen für den FrauenRatschlag verändert.

Ganz unabhängig von dieser regionalpolitischen Gemengelage ist der FrauenRatschlag mit seinem Konzept eines für alle offenen Netzwerks, das auf ehrenamtlicher Arbeit beruht und höchst qualitätvolle Beiträge für eine geschlechtergerechte Region erbringt, im Lauf der Jahre an Grenzen gestoßen. Nach vielen erfolgreichen Aktivitäten konnten die Widersprüche nicht mehr überbrückt werden:

- Wie dies auch in anderen zivilgesellschaftlichen Feldern zu beobachten ist, schwankte auch im Netzwerk FrauenRatschlag das Engagement sehr stark und bezog sich auf einzelne Aktivitäten und Themen. Das Netzwerk musste deshalb von einem harten Kern an ehrenamtlich Engagierten getragen werden.

- Bei der Beteiligung des FrauenRatschlags an größeren regionalen Projekten und in Gremien zeigte sich schnell, dass die ehrenamtlich Tätigen des FrauenRatschlags neben Vertreterinnen und Vertretern anderer Verbände saßen, die während ihrer Arbeitszeit an den Sitzungen teilnahmen, Themen entsprechend vor- und nachbereiten, Reisekosten u.a. abrechnen konnten.
- Mit ihrem Engagement verbanden die Netzwerkfrauen einen hohen Anspruch an Fachlichkeit. Dies machte gerade die Attraktivität des Netzwerks für die Beteiligten aus. Dann war aber auch nicht denkbar, angesichts von Zeit- und Ressourcenmangel Beiträge zu liefern, die nicht ihren hohen Standards entsprachen, und sich dann eventuell sogar im Berufsleben zu schaden.
- Zwar wurden einige Studien vom Verband Region Stuttgart ganz oder teilweise finanziert. Die notwendige Vorarbeit, das Zusammentragen von Ideen, erste Schritte der Projektentwicklung, um die Ideen überhaupt in die Diskussion bringen zu können, mussten gleichwohl vorher geleistet werden, und dies überforderte auf Dauer die Kapazitäten. Insbesondere für die freiberuflich Tätigen kam so das Engagement an Grenzen.

Von Anfang an war klar, dass für die ehrenamtliche Arbeit ein organisatorischer Rahmen gebraucht wurde. In gewisser Weise konnte das Stuttgarter Regionalbüro der Evangelischen Akademie Bad Boll diese Lücke füllen, indem Sitzungen, Veranstaltungen, Tagungen organisiert, durchgeführt und moderiert wurden. Darüber hinaus war hier die Kontaktadresse angesiedelt, so dass die Erreichbarkeit gesichert war: Der zentrale Knotenpunkt im Netzwerk war von allen akzeptiert. Die notwendige Arbeit einer Geschäftsstelle konnte und sollte damit aber nicht ersetzt werden.

Die Frage der Ressourcen und die Notwendigkeit, finanzielle Unterstützung zu organisieren, hat der FrauenRatschlag nur teilweise – und letzten Endes nicht ausreichend – lösen können. Die Unterstützung durch die regionalen Institutionen blieb begrenzt.

Gisela Ewald-Scheunert

zur Person:
seit vielen Jahren als Dozentin in der Erwachsenenbildung tätig

Schwerpunkte im Netzwerk:
Aus meinem Interesse für Geschichte und Politik wurde ab dem Ende der 60er-Jahre „mein Ding" der Schwerpunkt Politik mit und für Frauen. Gründung und Aktivitäten des FrauenRatschlags habe ich anfangs von außen betrachtet, seit 2000 als Mitglied des Vereins, von 2004-2008 auch als Vorstandsfrau. Ich fand es spannend, Arbeit und Themen des neuen Gremiums Regionalversammlung aus Frauensicht zu begleiten. Die Chance, Sichtweisen und Lebenswelten von Frauen in Planungen und Entscheidungsprozesse des Regionalverbandes einbringen zu können, galt es zu nutzen, dafür habe ich mich gerne engagiert.

Als Dozentin in der Erwachsenenbildung u.a. für Politik und Zeitgeschichte bot sich die Gelegenheit, die „Region Stuttgart" bzw. die Regionalversammlung – und natürlich den FrauenRatschlag – vorzustellen; es war (und ist immer noch) eher eine „unbekannte Schöne".

Erfolge/Misserfolge:
Punktuell ist es dem FrauenRatschlag gelungen, durch Stellungnahmen, Hearings und Veranstaltungen die Belange von Frauen, Kindern und älteren Menschen einzubringen.

Strukturell verankert, inhaltlich wirklich wahrgenommen und einbezogen war der FrauenRatschlag nicht; komplexe politische Vorgänge ehrenamtlich und „von außen" kontinuierlich zu begleiten, erwies sich als nicht leistbar. Fazit: der FrauenRatschlag als Feigenblatt? – nein, die Auflösung des Vereins ist eine ehrliche Konsequenz.

Das Paket von Projektvorschlägen, mit denen in 2002 sowohl inhaltliche Weiterentwicklung wie auch Kommunikationswege verbessert werden sollten, wurde abgelehnt. Offensichtlich war der Verband nicht bereit – wie etwa im Falle anderer regionaler Vereine – die ehrenamtliche Arbeit in einen angemessenen Rahmen zu stellen. Diese Entscheidung übersah den Mehrwert, der mit dem Engagement vieler Frauen für die Region verbunden war. Dass aber ein unterstützender Rahmen für freiwilliges Engagement generell erforderlich ist, lässt sich aus vielen Studien und Erfahrungen in der Praxis ableiten und ist allgemein anerkannt.

Nach wie vor hat eines der zentralen Anliegen des FrauenRatschlags nicht ausreichend Eingang in die Regionalpolitik gefunden: Es ist immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass geschlechtsdifferenziert erhobene und ausgewertete Daten verfügbar gemacht und genutzt werden. Zwar wurde in einzelnen Erhebungen eine Analyse von Alltagssituationen getrennt nach Geschlecht vorgenommen, kontinuierlich findet dies aber nur bei einigen Grunddaten statt. Deshalb wurde diese Grundvoraussetzung, die bereits zu Beginn der Arbeit im FrauenRatschlag eine große Rolle spielte, auch wiederum 2008 im ‚Positionspapier für die zukünftige Politik der Europäischen Metropolregionen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht' erhoben – ein immer noch offener Posten und eine nicht ausreichend gelöste Voraussetzung für alle weiteren Aufgaben.

Der FrauenRatschlag hatte sich eine Verbreiterung der regionalpolitischen Diskussion zur Aufgabe gemacht und dazu auch Kontakte mit Kommunalpolitikerinnen und Bewohnerinnen der Region gesucht. Eine stärkere Einbindung der Betroffenen von regionalpolitischen Entscheidungen hatte der FrauenRatschlag nicht zuletzt mit Sitzungen in verschiedenen Städten der Region praktiziert und dabei die Wünsche und Anforderungen aufgegriffen. Einer der Projektanträge an den Verband Region Stuttgart wurde zur Intensivierung dieses Ansatzes mit einem Konzept zur verstärkten Einbindung verbunden. Diese Form von ‚Vermittlung' von Information und Interessen wird fehlen. Zu hoffen ist, dass manche der entstandenen Netzwerkverknüpfungen Bestand haben werden und für neue regionalpolitische Aktivitäten wieder aufgenommen werden können.

Ein übergreifendes politisches Anliegen des FrauenRatschlags wurde vom Netzwerk von Beginn an thematisiert: Die Forderung nach einer Institutionalisierung der Frauenpolitik und des Gender Mainstreaming im Verband selbst. Denn es war allen Beteiligten nur zu klar, dass die Durchsetzung frauenpolitischer Forderungen auf eine Verankerung im Verband angewiesen wäre. Die Erfahrungen seit 1995 zeigen, dass über Ideen, Projekte, Studien hinaus eine Begleitung in Planungsprozessen und systematische Überprüfung der Standards nötig ist, da sonst die positiven Ansätze verpuffen. Es geht also um Kontinuität, um Überprüfung und Evaluation, wie die Umsetzung der bisher häufig nur sehr allgemeinen Grundsätze vorangebracht werden kann. Die Tatsache, dass die Grundsatzreferentin im VRS unter anderen Aufgaben auch die Zuständigkeit für Frauenbelange in der Regionalpolitik hatte und hat, war von Anfang an vom Umfang her unzureichend. Diese Ressourcen wurden mit der Neubesetzung in 2009 noch reduziert.

Die Arbeit des offenen Forums des Netzwerks wurde von den engagierten Frauen als unverzichtbares Element der Beteiligung verstanden, das Diskussion und Beratung über die regionalen Entwicklungen möglich macht, in dessen Rahmen die Regionalpolitik kritisch begleitet werden kann. Die Umsetzung des Grundsatzes der Geschlechtergerechtigkeit in politischen und Verwaltungsprozessen erfordert aber eine Institutionalisierung.

Abgesehen von einer Vielzahl wertvoller Kontakte bleibt von den langjährigen Aktivitäten des Netzwerks eine beispielhafte Grundlagenarbeit in den drei regionalen Aufgabenfeldern Regionalplanung, Verkehr und Wirtschaftsförderung, die nicht in Archiven verschwinden sollte. Wie Fraueninteressen zusammengetragen, formuliert und konkret auf die Umsetzung in regionalen Gestaltungsprozessen bezogen werden können, wurde im FrauenRatschlag in diesen 15 Jahren an vielen regionalpolitischen Debatten und Entscheidungen deutlich gemacht. Diese Arbeit sollte genutzt werden. Darauf hinzuweisen scheint umso notwendiger, als sich gegenwärtig der Eindruck aufdrängt, dass ein Frauen und Männer gleichermaßen einbeziehender Blick eher an Boden zu verlieren scheint.

6.1 Termine, Themen, Ereignisse – Chronologie

1995 – 2010

7. Februar 1994	Landtag verabschiedet Gesetze 'zur Stärkung der Zusammenarbeit in der Region Stuttgart' und 'über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart'
12. Juni 1994	Erste Wahl zur Regionalversammlung
19. Oktober 1994	Konstituierende Sitzung der Regionalversammlung
16. Februar 1995	1. Sitzung des FrauenRatschlags mit 36 Teilnehmerinnen eingeladen von Gleichstellungsstelle und Gesamtpersonalrat der Stadt Stuttgart, Evangelische Akademie Bad Boll, BeFF Berufliche Förderung von Frauen, Landesbezirk DGB
März 1995	Wegweisendes Gutachten für die Diskussion des FrauenRatschlags 'Frauengerechte Regional- und Strukturpolitik in der Region Stuttgart', ISA Consult, Bochum für die AG der Frauenbeauftragten der Region Stuttgart und das Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden-Württemberg
18. August 1995	Gründung der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS)
November 1995	Veranstaltung 'Frauenförderung in der Region – Ziel oder Zufall' der Arbeitsgemeinschaft Frauenbeauftragte in der Region
1996	Strukturdatenatlas 'Frauen in der Region Stuttgart' auf Initiative des FrauenRatschlags von Gleichstellungsstelle und Statistischem Amt Stadt Stuttgart unterstützt durch Verband Region Stuttgart (VRS)
Mai 1996	1. frauenpolitisches Hearing des VRS 'Frauen in der Region Stuttgart – Frauenbelange in der Regionalpolitik
Oktober 1996	Workshop 'Frauenbelange im Regionalplanverfahren des VRS FrauenRatschlag Region Stuttgart und AK Architektinnen der Architektenkammer Baden-Württemberg
Februar 1997	Gutachten 'Frauengerechte Regionalplanung' FrauenRatschlag Region Stuttgart, finanzielle Unterstützung: Sozialministerium Baden-Württemberg und Verband Region Stuttgart
Juni 1997	ExpertInnengespräch 'Neue Wege der Beschäftigung für Frauen – Perspektiven für die Region' FrauenRatschlag Region Stuttgart in Kooperation mit WRS
Juli 1997	Workshop 'Mobilität von Frauen – Folgerungen für den Regionalverkehrsplan' von FrauenRatschlag Region Stuttgart und VRS
Sommer 1997	Antrag des FrauenRatschlags für ein Projekt 'Verankerung von Frauenbelangen in der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik' im Rahmen des NOW-Programms der EU und des Landes Baden-Württemberg – und Ablehnung
September 1997	Gutachten 'Mobilität von Frauen in der Region Stuttgart' im Auftrag des VRS, unterstützt durch Sozialministerium Baden-Württemberg
September 1997	Workshop 'Frauenbelange in der Kommunal- und Regionalpolitik' FrauenRatschlag Region Stuttgart
20. Oktober 1997	Gründung des Vereins FrauenRatschlag Region Stuttgart Ziel: Akquise von Fördermitteln

Oktober 1997	Stellungnahme des FrauenRatschlags Region Stuttgart zur Fortschreibung des Regionalplans – wie ein Träger öffentlicher Belange
Februar 1998	Handreichung 'Lokale Agenda 21' des FrauenRatschlags
21. April 1998	Frühjahrsempfang des FrauenRatschlags aus Anlass der Vereinsgründung
Ab Juli 1998	Beteiligung des FrauenRatschlags am Projekt 'Zukunftsregion Stuttgart' des VRS
Januar 1999	'Frauenpolitik in der Region', 1. Workshop des FrauenRatschlags zur Verständigung über Ziele und Themen des Netzwerks, von da an zu jedem Jahresbeginn
März 1999	Stellungnahme des FrauenRatschlags zur neuen Messe auf den Fildern
Juni 1999	Stellungnahme zur Initiative 'Region Stuttgart – auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit'
Sommer 1999	Pressemitteilung zu den Regionalwahlen 24. Oktober 1999
Oktober 1999	Geschlechtsspezifische Datenauswertung und Analyse im 'Strukturbericht 1998/99 – Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart' von VRS, IHK, IG Metall, IAW und IMU-Institut
November 1999	Tagung 'Frauen gestalten Zukunft – Lokale Agenda 21 in Kooperation VRS, Heinrich-Böll-Stiftung, VHS Stuttgart und FrauenRatschlag
Januar 2000	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags Thema: ‚Perspektiven Regionaler Frauenpolitik – Wie stellen wir uns eine frauenfreundliche Region vor?'
Februar 2000	'Frauengerechte Verkehrsplanung' Stellungnahme zur Berücksichtigung von Frauenbelangen im Regionalverkehrsplan der Region Stuttgart, FrauenRatschlag mit finanzieller Unterstützung der Frauenbeauftragten in der Region
Februar 2000	Präsentation des FrauenRatschlags beim Treffen der Fachgruppe Frauen in der Planung des SRL e.V.
Juni 2000	Studie 'Mentoring für gering qualifizierte Frauen' FrauenRatschlag im Auftrag der WRS, Vorbarbeit für ESF-Projekt der WRS
2000	Beteiligung an der Jury des Wettbewerbs 'Modellprojekt innerörtlicher Einzelhandel' des VRS
2001	Stellungnahme zur wohnortnahen Einzelhandelsversorgung
2001	'Das Ende der Nahversorgung – Studie zur wohnortnahen Versorgung', Gutachten Weeber und Partner im Auftrag des VRS
Januar 2001	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags; Thema: ‚Für eine regionale Frauenpolitik – Ressourcen bewusst machen – Ressourcen erschließen'
Januar 2001	Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan
Januar 2001	Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 25. März 2001 an die KandidatInnen aus der Region Stuttgart
März 2001	'Regionale Frauen-Netzwerke – Alibi oder Veränderungspotenzial', Tagung in Bad Boll, FrauenRatschlag in Kooperation mit Heinrich-Böll-Stiftung und DGB Landesbezirk

Juni 2001	Positionspapier zur Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie innerhalb der Gleichstellungspolitik, FrauenRatschlag und Frauenbeauftragte der Region Stuttgart
Oktober 2001	2. frauenpolitisches Hearing 'Und was die Frauen betrifft...Zwischenbilanz und Perspektiven der Frauenpolitik in der Region Stuttgart' des VRS
Dezember 2001	Informationspool Expertinnen auf Basis der Fragebogenaktion innerhalb des FrauenRatschlags
Januar 2002	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags zum Thema: ‚Region Stuttgart – auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit?'
Januar 2002	Antrag 'Gender Mainstreaming in der Region verankern' der Regionalfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Juni 2002	Förderantrag des FrauenRatschlags an den VRS: 3 Projekte
Juli 2002	Fachtagung 'Betriebe suchen Fachkräfte – ohne Frauen keine Chance', WRS in Kooperation mit FrauenRatschlag und weiteren regionalen AkteurInnen
Oktober 2002	Veranstaltung 'ÖPNV-Planung für alle! Gender Mainstreaming im ÖPNV in der Region Stuttgart', VRS
Januar 2003	Jährlicher Workshop; Thema: ‚Zukunft, Geld und Politik – Perspektiven des FrauenRatschlags Region Stuttgart'
März 2003	Frauen und ihre Netzwerke in der Region, Artikel in der Publikation ‚Planerin' des SRL
Januar 2004	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags; Thema: ‚Gender Budgeting – Konzepte und (erste) Umsetzungen'
Dezember 2004	Veranstaltung des FrauenRatschlags 'Die Arbeitsmarktsituation für Frauen in der Region Stuttgart'
Januar 2005	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags zum Thema: 'Klimapolitik – ganz konkret. Konkretisierungen für eine regionale Frauenpolitik'
Januar 2006	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags; Thema: ‚Zwischen Arbeitsplatz und Kinderzimmer – Rahmenbedingungen der Frauenerwerbstätigkeit in der Region Stuttgart'
Oktober 2006	Stellungnahme zur Teilfortschreibung des Regionalplans – wie ein Träger öffentlicher Belange
Oktober 2006	Workshop 'Metropolregionen – Im Blick: Gender-Aspekte' FrauenRatschlag in Kooperation mit weiteren Frauen-Netzwerken
Februar 2007	Jährlicher Workshop zum Thema: 'Die Zukunft beginnt heute – FrauenRatschlag Region Stuttgart 2020'
Mai 2007	Aktualisierung des Expertinnenpools
Mai 2007	Veranstaltung 'Demografischer Wandel – Chancen und Perspektiven für Frauen und den regionalen Arbeitsmarkt', FrauenRatschlag in Kooperation mit BeFF e.V.

September 2007	Veranstaltung 'Forum Frauen 40+: Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt – Die Zukunft ist weiblich?' Agentur für Arbeit Stuttgart, BeFF e.V., FrauenRatschlag
September 2007	Stellungnahme zum Strategiepapier der WRS 'Wirtschaftspolitische Handlungsfelder für die Region Stuttgart bis zum Jahr 2020'
Oktober 2007	Präsentation FrauenRatschlag im Forum Netzwerke beim Ökumenischen Frauenkongress
Januar 2008	'Positionspapier für die zukünftige Politik der Europäischen Metropolregionen (EMR) in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht' gemeinsam mit den Frauennetzwerken weiterer Metropolregionen
Januar 2008	Jährlicher Workshop zum Thema: 'FrauenRatschlag Region Stuttgart – Ein starkes Netzwerk für die Region'
Juni 2008	Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplans – wie ein Träger öffentlicher Belange
Dezember 2008	Veranstaltung 'Herausforderung 2009: Frauen nach vorn in Politik und Wirtschaft'
Februar 2009	Jährlicher Workshop des FrauenRatschlags; Thema: ‚Frauenpolitische Perspektiven in der Region Stuttgart'

6.2 Erste Einladung FrauenRatschlag

EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL

Dagmar Bürkardt, Regionalbüro Stuttgart
Ulrike Leipersberger, Regionalbüro Stuttgart

Gemeinsam mit

Dr. Susanne Lüdtke
Gleichstellungsstelle
der Stadt Stuttgart

Heide Simon
DGB Abteilung Frauen

Inge Zimmermann
Kontaktstelle
Frau und Beruf
Berufl. Förderung
von Frauen e.V.
Stuttgart

Christa Walz
Gesamtpersonalrat
der Stadt Stuttgart

möchten wir Sie herzlich einladen zu einem

Frauen - Ratschlag : Regionalparlament
am **16. Februar 1995 von 9.00 bis 15.30 Uhr**
im Rathaus, Mittlerer Sitzungssaal (4. Etage) Stuttgart

Im Juni 1994 wurden erstmals die Mitglieder der neu zu bildenden Regionalversammlung des Verbandes Region Stuttgart gewählt. Am 19. Oktober 1994 fand die konstituierende Sitzung auf dem Killesberg statt und hat das Regionalparlament seine Arbeit aufgenommen.

Damit gibt es eine wichtige neue politische Handlungsebene, auf die sich bereits jetzt vielfältige Erwartungen richten. Gleichzeitig haben wir in vielen Diskussionen die Erfahrung gemacht, daß für uns selbst, für unsere GesprächspartnerInnen und in der breiten Öffentlichkeit die Aufgaben, Kompetenzen und Konturen dieser neuen Institution noch zu wenig deutlich geworden sind und damit auch die Rolle, die sie in der Gestaltung der regionalen Arbeits- und Lebensbedingungen spielen wird.

Wir möchten uns deshalb

- informieren (lassen) über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen
- darüber klar werden, wo und wie in den zentralen regionalpolitische Fragestellungen der nächsten Jahre die Interessen von Frauen berührt werden und wie die beteiligten Frauen dies sehen und einschätzen
- über Einflußmöglichkeiten, frauenpolitische Zugänge und Ansatzpunkte austauschen.

Geplanter Ablauf des Tages:

9.00 - 12.00 Uhr	Informationsrunde mit Dr. Bernd Steinacher, Regionaldirektor des Verbandes Region Stuttgart Für die anschließende Diskussion haben wir auch Frauen aus dem Regionalparlament eingeladen
12.00 - 13.00 Uhr	Mittagspause mit Gelegenheit zu einem Imbiß
13.00 - 15.30 Uhr	Fraueninteressen in der Regional- und Strukturpolitik Maria Kathmann, DGB Bundesvorstand Abt. Frauen, Düsseldorf anschließend Diskussion

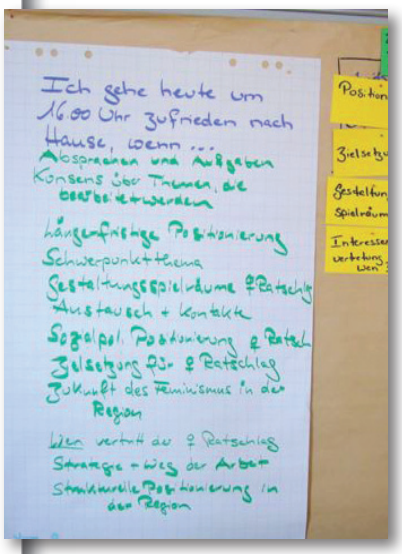
6.3 Blitzlichter aus der Arbeit

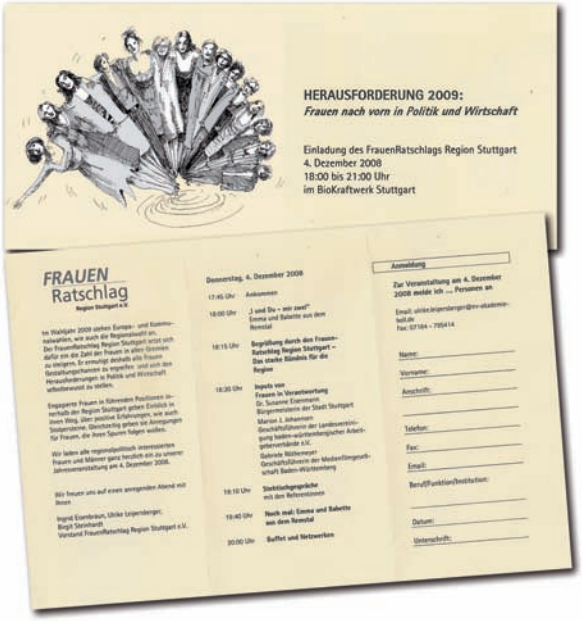
Wie stellen wir uns eine frauenfreundliche Region vor?
Ergebnisse der Gruppenarbeit aus dem Workshop im Januar 2000:

Region Stuttgart im Jahr 2005 (Arbeit in 3 Gruppen)

Gruppe 1:

- mehr weibliche Protagonisten -> Frau Regionalpräsidentin
- 50% aller Mandatsträgerinnen sind männlich
- Frau Bosch und Frau Daimler sind im FrauenRatschlag
- Frauenratschlag ist finanziell gut ausgestattet (Personal, Geschäftsstelle ...)
- kostenloser ÖPNV
- blühende Landschaftsparks und Naherholungsgebiete
- Güterverkehr auf der Schiene
- Frauenarbeitslosigkeit bei < 1%
- Qualifizierungsanteil bei Frauen auf hohem Niveau
- flexible Arbeitsverhältnisse -> Jobsharing, Zeit ...
- flächendeckende Versorgung mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs (Post, Schule, Laden ...)
- Politische Partizipation/Bürgerbeteiligung
- regionaler Finanzausgleich (Bildung von Schwerpunkten bei Wohnen und Gewerbe)
- Ganztagsbetreuung für Kinder kostenlos





6.4 Literaturverzeichnis

Bock, Stephanie: Regionale Frauennetzwerke. Frauenpolitische Bündnisse zwischen beruflichen Interessen und geschlechterpolitischen Zielen, Opladen 2002

Grüger, Christine: Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning. Das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Region Stuttgart, Dortmund 2000

ISA Consult: Frauengerechte Regional- und Strukturpolitik in der Region Stuttgart. Studie für die AG der Frauenbeauftragten der Region Stuttgart in Kooperation mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, 1995

Mentoring für geringqualifizierte Frauen. Ein umsetzungsorientiertes Konzept für ein Modellprojekt in der Region Stuttgart, bearbeitet von Dagmar Bürkardt, herausgegeben von Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH und Verband Region Stuttgart, 2000

Strukturberichte Region Stuttgart, erscheinen alle zwei Jahre seit 1998, bearbeitet von IAW und IMU-Institut, herausgegeben von IG Metall Region Stuttgart, IHK Region Stuttgart und Verband Region Stuttgart

und veröffentlicht in der Schriftenreihe Verband Region Stuttgart:

Frauen in der Region Stuttgart. Frauenbelange in der Regionalpolitik, Tagungsdokumentation, Schriftenreihe Nr. 3, 1996

Frauengerechte Regionalplanung. Gutachten zur Berücksichtigung von Frauenbelangen in der Regionalplanung am Beispiel des Verbands Region Stuttgart, bearbeitet von Christine Grüger und Monika Kunz, Schriftenreihe Nr. 7, 1997

Mobilität von Frauen in der Region Stuttgart. Folgerungen für den Regionalverkehrsplan, bearbeitet von Frank und Stete, Büro für Stadtplanung und Verkehrsplanung, Schriftenreihe Nr. 8, 1997

Frauen gestalten Zukunft – Lokale Agenda 21 – Tagungsdokumentation, Verband Region Stuttgart in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, Schriftenreihe Nr. 14, 2000

Und was die Frauen betrifft ... Zwischenbilanz und Perspektiven der Frauenpolitik in der Region Stuttgart, Tagungsdokumentation, Schriftenreihe Nr. 16, 2002

weitere Materialien und Informationen (siehe auch Angaben in der Chronologie):

- Stellungnahmen des FrauenRatschlags
- Positionspapiere
- Artikel in Fachzeitschriften

finden sich im **Archiv des FrauenRatschlags**
c/o BeFF e.V.
Kontaktstelle Frau und Beruf
Langestraße 51

70174 Stuttgart

Abkürzungen:

BeFF	Berufliche Förderung von Frauen e.V., Träger der Kontaktstelle Frau und Beruf, Stuttgart
EMR	Europäische Metropolregion(en)
IAW	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen
IHK	Industrie- und Handelskammer (Region Stuttgart)
IKM	Initiativkreis Europäischer Metropolregionen in Deutschland
METREX	Netzwerk der europäischen Ballungs- und Großräume
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SRL	Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.
VRS	Verband Region Stuttgart
VVS	Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart
WRS	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH

Friederike Gross